

PAVEL KOLÁŘ

# GESCHICHTSTRAUMA, NATIONSBILDUNG, SOZIALISMUS

## AUSSENPOLITIK UND KOLLEKTIVE IDENTITÄT IN DER TSschechoslowakei (1945–1989)

„Die beiden stärksten Strömungen, von denen die gesellschaftliche Bewegung in den böhmischen Ländern und in der Slowakei während des 20. Jahrhunderts getragen wurde, waren die nationale Befreiungsbewegung und der Sozialismus.“<sup>1</sup>

Am Beispiel der Tschechoslowakei untersucht dieser Beitrag die Wechselwirkung zwischen Außenpolitik, kollektivem Gedächtnis und nationaler Identität im ostmitteleuropäischen Staatsozialismus (1948–1989). Ich gehe von der Annahme aus, dass sowohl tiefliegende Konzeptionen der tschechischen und tschechoslowakischen Nationalstaatlichkeit als auch rezente Krisenerfahrungen und Traumata (das Münchner Abkommen, die NS-Besatzung, die Vertreibung der deutschen Bevölkerung) die außenpolitische Orientierung der kommunistischen Tschechoslowakei maßgeblich gestaltet haben, und dies zeitweise auch externen Zwängen – der Sowjethegemonie und dem Kalten Krieg – zum Trotz.

Mit diesem Schwerpunkt wird die Entwicklung der kommunistischen Außenpolitik aus einer vornehmlich gesellschafts-, kultur- und begriffsgeschichtlichen Perspektive betrachtet. Die gestaltende Bedeutung der externen Faktoren, wie vor allem der Dominanz des sowjetischen Machtzentrums und des Gesamtkontextes des Kalten Krieges werden zwar berücksichtigt, der Fokus richtet sich aber auf interne Verständigungs-

---

<sup>1</sup> Das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, angenommen auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPČ am 5. April 1968, Praha 1968, S. 3.

prozesse, Identitätsdiskurse und gesellschaftliche Dynamiken. Außenpolitik – sowohl außenpolitische Konzeptionen als auch Handlungen – ist aus dieser Sicht stets ein Ergebnis der Wechselwirkung zwischen äußerer (internationaler bzw. transnationaler) Integration und innerer (nationaler, gesellschaftlicher) Konsolidierung.

### Metamorphosen staatssozialistischer Außenpolitik

Nicht nur hinsichtlich der gesellschaftlichen Dynamik, sondern auch im Hinblick auf die Außenpolitik war die Ära des Staatssozialismus (1948–1989 im Fall der Tschechoslowakei) keineswegs eine homogene Einheit. Vielmehr stellten die rund vierzig Jahre der kommunistischen Herrschaft eine Serie von Umbruchsituationen dar, in denen sich die außenpolitischen Grundorientierungen wesentlich änderten. Im Unterschied zum Totalitarismus-Ansatz, der das außenpolitische Handeln (wie die Politik generell) auf ein bloßes Instrument der „totalitären Macht“, eine Art „Überbau“ reduziert, akzentuiert die gesellschaftsgeschichtliche Zugangsweise den Aushandlungscharakter der Außenpolitik, die Konkurrenz von bestehenden außenpolitischen Konzepten sowie die oft divergierenden Interessen von verschiedenen Akteuren (Regierung, Außenministerium, Parteiführung, Wissenschaft, Medien), die trotz hoher „Durchherrschaft“ des kommunistischen Machtapparates und der öffentlichen Sphäre nicht immer deckungsgleich agierten.

Der Beitrag ist chronologisch gegliedert, wobei ich drei unterschiedliche Formen des Verhältnisses zwischen Außenpolitik und kollektiver Identität skizziere: ein stalinistisch-revolutionäres, ein poststalinistisch-reformistisches und ein spätsozialistisch-konsolidierendes Modell. Im Falle der kommunistischen Diktaturen handelte es sich um eine besondere Art von (osteuropäischer) Nationalstaatlichkeit, welche die innere Nationsbildung, vorangetrieben durch forcierte Industrialisierung und gesellschaftliche Mobilisierung sowie äußere nationale Souveränität einerseits mit einem universalistischen, durch die Sowjetunion geleiteten Projekt der klassenlosen Gesellschaft andererseits zu verbinden suchte. Ein kultur- und mentalitätsgeschichtlicher Blick auf die außenpolitische Selbstpositionierung sozialistischer Nationalstaaten geht davon aus – anders als die mit einem eindimensionalen Machtbegriff operierende Politikgeschichte –, dass kommunistische Utopievorstellungen fortwährend eine wichtige Rolle spielten; sie waren mehr als „bloße Rhetorik“, und das galt sowohl für die poststalinistische Phase des sogenannten „Nationalkommunismus“,

in welcher angeblich das Nationale die kommunistische Ideologie verdrängte, als auch für den vermeintlich an bloßer Machtkonsolidierung orientierten Spätsozialismus.

Aus dieser Gemengelage ergeben sich für die kommunistischen Diktaturen zwei Problemzusammenhänge: Erstens stellt sich die Frage, was für eine Stellung die Außenpolitik als ein spezifisches Vorstellungs- und Handlungsfeld im Herrschaftssystem des Staatsozialismus eigentlich hatte; hier ist vor allem die Spannung zwischen der kommunistischen Ideologie und dem realpolitischen „Pragmatismus“ von Interesse (eine Frage, die der amerikanische Politikwissenschaftler Bertram D. Wolfe bereits 1962 stellte<sup>2</sup>). Eine zweite Spannung geht aus der Tatsache hervor, dass es sich bei einigen osteuropäischen Staaten, wie der Tschechoslowakei, um „kleine Nationen“ (im Sinne Miroslav Hrochs) handelte, die ihre internationale Positionierung stets unter der Perspektive ihrer Unterdrückungs- und Emanzipationserfahrung betrachteten.

Aus dieser Perspektive ist auch das Verhältnis zwischen dem sowjetischen „Imperialismus“ und den „nationalen Wegen zum Sozialismus“ bei den osteuropäischen „Satellitenstaaten“ zu sehen, das vor allem nach der Entstalinisierung von 1956 zum prägenden Faktor auch in der Außenpolitik wurde. Die Frage, wie die Idee des „Nationalkommunismus“ das Handeln der osteuropäischen Staaten (sowie der westeuropäischen kommunistischen Parteien) gestaltete, formulierte der kanadische Politikwissenschaftler H. Gordon Skilling bereits 1960; dabei warnte er vor zwei extremen Auffassungen: einerseits vor einer Verabsolutierung von nationalen Besonderheiten der einzelnen Ostblockstaaten, andererseits vor der Behandlung des Ostblocks als ein organisches Ganzes.<sup>3</sup>

Das Ziel des Beitrages ist es, die drei chronologisch-strukturell definierten Modelle der staatssozialistischen Außenpolitik am Beispiel der Tschechoslowakei vorläufig zu umreißen. Ich strebe keineswegs eine erschöpfende Bearbeitung des Themas an, eher möchte ich grundlegende Probleme für weitere Forschungen identifizieren. Ich stütze mich dabei auf die bereits reichhaltige Forschungsliteratur zur tschechoslowakischen Außenpolitik und ziehe eine Auswahl von veröffentlichten Quellen heran, wie die offiziellen Staats- und Parteidokumente, öffentliche Reden

---

<sup>2</sup> BERTRAM D. WOLFE, *Communist Ideology and Soviet Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs* 41 (1962), H. 1, S. 152–170.

<sup>3</sup> H. GORDON SKILLING, *Communism: National or International?*, in: *International Journal: Canada's Journal of Global Policy Analysis* 15 (1960), H. 1, S. 36–48.

außenpolitischer Akteure, interne Parteimaterialien wie auch publizierte Biografien und Memoiren kommunistischer Diplomaten.

### Die stalinistisch-revolutionäre Phase

Die stalinistisch-revolutionäre Phase (1945–1956) zeichnete sich durch eine zunehmende Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik am sowjetischen Vorbild aus. Dabei ist dieser Zeitraum in zwei Abschnitte zu teilen. Für die Nachkriegsphase (1945–1948, manchmal als „Dritte Republik“ bezeichnet) war noch eine Ambivalenz charakteristisch zwischen der eindeutigen Ausrichtung auf die Sowjetunion (vertreten durch die KPČ) und der allgemein prodemokratischen – aber keineswegs einseitig prowestlichen oder sogar antisowjetischen – Position, die vor allem Präsident Edvard Beneš und die nicht-kommunistischen Regierungsparteien vertraten.<sup>4</sup> Diese beiden Orientierungen sind jedoch nicht als zwei sich gegenüberstehende, gegenseitig ausschließende Pole zu verstehen: Demokratie und (sowjetischer) Sozialismus galten als zwei vereinbare Grundwerte. Und genauso wurde geglaubt, dass man den spezifisch tschechoslowakischen nationalen Weg zum Sozialismus mit dem sowjetischen Modell vereinigen könnte.

Das Trauma des Münchener Abkommens von 1938 und der nationalsozialistischen Besatzung (1939–1945), wie aber auch die Vorstellung des „nationalen Weges“ zum Sozialismus bildeten die identitätsstiftende Grundlage des (außen)politischen Handelns nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser nationale Grundkonsens wurde im maßgebenden Dokument der Nachkriegszeit, dem Kaschauer Regierungsprogramm vom April 1945, ausgedrückt. Bereits hier war die klare Anlehnung an das sowjetische Modell benannt, besonders im Militärbereich, wo die Rote Armee als Vorbild für die neuen tschechoslowakischen Streitkräfte dienen sollte, welche „in einem staatsbewussten, demokratischen und antifaschistischen Geiste erzogen werden“ sollten.<sup>5</sup> Zugleich wurde nicht verheimlicht, dass mit dem unpolitischen Charakter der Armee Schluss gemacht werden

---

<sup>4</sup> RÜDIGER ALTE, *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei und die Entwicklung der internationalen Beziehungen 1946–1947*, München 2003.

<sup>5</sup> Das Kaschauer Programm. Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, angenommen auf der ersten Sitzung der Regierung am 5. April 1945, in: *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei*, hg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Berlin 1957, S. 186.

würde. Auch wenn die Kommunisten das Kaschauer Programm federführend vorbereiteten, ist es auch als eine Fortsetzung der pro-sowjetischen Politik des Staatspräsidenten Edvard Beneš zu sehen, der die Orientierung an Stalins Sowjetunion bereits im Vertrag über Hilfeleistung und Freundschaft vom Dezember 1943 fixierte. Die Orientierung an der Sowjetunion wurde durch eine geopolitische Veränderung untermauert, als 1946 durch die Angliederung der Karpatenukraine an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eine gemeinsame Grenze zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion geschaffen wurde.

Tonangebend war damals noch die antideutsche bzw. antiungarische Einstellung und die dementsprechende „slawische Linie der auswärtigen Politik“.<sup>6</sup> Das Programm drückte ein klares Bekenntnis zu den Alliierten, zur „Anti-Hitler-Koalition“ aus, auch wenn es bereits dem Westen unverkennbar eine sekundäre Stellung zuwies:

„Diese hauptsächliche Ausrichtung der tschechoslowakischen auswärtigen Politik, die getragen ist von dem Geiste slawischer Freundschaft, stellt die Regierung auf die breitere Grundlage allgemeiner freundschaftlicher Beziehungen zu den demokratischen westlichen Mächten, die in der antinazistischen Front der Vereinten Nationen stehen.“<sup>7</sup>

Außenpolitische Gesichtspunkte gingen Hand in Hand mit der inneren Umgestaltung des erneuerten tschechoslowakischen Staates (vor allem mit der Aussiedlung der deutschen und ungarischen Bevölkerung), wobei eine kriegerrische, stalinistisch klingende Sprache zu Wort kam, als z. B. von einem „unerbittlichen Kampf um die Ausrottung (*vymýcení*) aller faschistischen Elemente“ die Rede war, von „fremden Eindringlingen und Verrätern“. Den neuen Staatsapparat wollte die Regierung „völlig von allen Elementen reinigen (*očistit*)“.<sup>8</sup> Die radikal bellizistische Sprache überwog gegenüber dem freundschaftlich-toleranten Ton der demokratischen Masaryk-Tradition. Zugleich blieb, trotz der kommunistischen Hegemonie in der Regierung, die marxistische Sprache aus. Es wurde weder von „Arbeiterklasse“ oder „Proletariat“ noch „Bourgeoisie“ gesprochen. Nicht einmal der Begriff der Revolution tauchte in der Erklärung auf. Offensichtlich wollten die Regierenden den Verlauf der Ereignisse

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 189. Zur Deutschland-Politik der Nachkriegtschechoslowakei JAROSLAV KUČERA, „Der Hai wird nie wieder so stark sein“. Tschechoslowakische Deutschlandpolitik, 1945–1948, Dresden 2001.

<sup>7</sup> Das Kaschauer Programm, S. 189.

<sup>8</sup> Ebd., S. 194.

nicht vorwegnehmen – es herrschte ja keine Sicherheit über den Charakter des Kriegsendes auf dem Gebiet des Protektorats. Dafür war aber in den Schlüsseltexten der ersten Nachkriegsmonate, wie in den Reden von Präsident Beneš oder der Regierungserklärung vom Oktober 1945, überall von der „Revolution“ die Rede und viele Handlungen wurden als „revolutionär“ bezeichnet. „Revolution“ setzte man mit „Befreiung“ gleich und versah sie mit den Adjektiven „national“ und „sozial“.<sup>9</sup> Interessanterweise tauchte der Begriff der Revolution in der Erklärung der Gottwald-Regierung, die schon nach der ersten Parlamentswahl der Nachkriegszeit gebildet wurde (in der die KPČ vierzig Prozent der Stimmen gewann), vom Juli 1946 nicht mehr auf – es war die Zeit der „nationalen Einheit“, in der sich die Kommunisten als Führer und Einiger der Nation gaben.<sup>10</sup>

Solche Konzepte wie „nationale Reinigung“ und andere Ausdrücke der radikalnationalistischen Sprache war allerdings kein Novum in der tschechischen und tschechoslowakischen nationalen Selbstbeschreibung. Vielmehr wirkten sowohl im tschechischen als auch im slowakischen Fall bestimmte Elemente des integralen Nationalismus fort, der ethnozentrisch und zeitweise auch völkisch-rassistisch definiert war. Während in der Ersten Tschechoslowakischen Republik der Zwischenkriegszeit die völkische Rhetorik als ein untergeordneter, minoritärer Diskurs neben der liberal-demokratischen Staatsauffassung existierte bzw. gegen diese – zumindest auf der obersten offiziellen Staatsebene – selbst zugeschriebene judenfreundliche Haltung der Republik gerichtet war, setzte sich in der autoritären Zweiten Republik – d. h. im Zeitraum zwischen dem Münchener Abkommen und der Besetzung der „Rest-Tschechei“ bzw. der Gründung des „slowakischen Staates“ im März 1939 – sowie dann während des Krieges die völkisch-rassistische Ideologie der „Volksgemeinschaft“ (*národní pospolitost*) durch, die nicht nur Juden und Roma, sondern auch Polen ausschloss.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> Programové prohlášení vlády [Programmerklärung der Regierung], 30. Oktober 1945, <https://vlada.cz/assets/clenove-vlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1945-1960-csr/zdenek-fierlinger-1/ppv-1945-fierlinger1.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

<sup>10</sup> Programové prohlášení vlády, 8. Juli 1946, <https://vlada.cz/assets/clenove-vlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1945-1960-csr/klement-gottwald-1/ppv-1946-1948-gottwald1.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

<sup>11</sup> Vgl. JAN RATAJ, O autoritativní národní stát. Ideologické proměny české politiky v druhé republice 1938–1939 [Über einen autoritären Nationalstaat. Ideologische Wandlungen der tschechischen Politik in der Zweiten Republik 1938–1939], Praha 1997; JAN TESAŘ, Mnichovský komplex. Jeho příčiny a důsledky [Der Münchener Komplex. Seine Ursachen und Folgen], Praha 2000; RADKA ŠUSTROVÁ, Sociální politika a nacionalismus

Der tschechische Antisemitismus, der vor allem gegen deutschsprachige Juden gerichtet war, sowie der ausgeprägte Antiziganismus blieben Bestandteile des tschechischen Nationalverständnisses in der unmittelbaren Nachkriegszeit, obgleich sie von offiziellen Stellen klar abgelehnt wurden. Das Kaschauer Regierungsprogramm sprach diese Frage ausdrücklich an: „Eine Diskriminierung der Bürger der Republik aus rassischen Gründen wird nicht zugelassen werden.“<sup>12</sup>

Trotzdem gab es in der tschechischen wie slowakischen Gesellschaft starke rassistische Ressentiments, die sich im tschechischen Fall vor allem gegen die heimkehrenden Holocaustüberlebenden und vor allem gegen deutschsprachige Juden wendeten, die oft nach ihrer Rückkehr aus nationalsozialistischen Vernichtungslagern als „Deutsche“ vertrieben wurden.<sup>13</sup> In der Slowakei fanden in der unmittelbaren Nachkriegszeit Pogrome und gewaltsame antijüdische Ausschreitungen statt, so in Topolčany im September 1945 und im ostslowakischen Dorf Kolbasov, wo im Dezember 1945 mehrere Juden während des Chanukka-Festes ermordet wurden. Zu wiederholten antisemitischen Ausschreitungen kam es in Bratislava und Žilina, an denen auch „Partisanen“ teilnahmen.<sup>14</sup>

Neuere Studien kartieren das Ausmaß des Nachkriegsantisemitismus in der Tschechoslowakei und räumen mit den etablierten Vorstellungen auf, dass vor allem die Tschechen, anders als andere ostmitteleuropäische Völker, eindeutig judenfreundlich eingestellt waren. Bereits in der Ersten „Vormünchner“ Republik, die sich, wie erwähnt, offiziell als philosemitisch gab, überwog während der 1930er Jahre eine distanzierte Einstellung der Behörden, was z. B. die massenhafte Zurückweisung von jüdischen Flüchtlingen aus Österreich nach dem „Anschluss“ vom März 1938 deutlich belegt.<sup>15</sup> Auch die Einstellung der liberalen, Masaryk-treuen Eliten gegenüber Juden war nicht frei von Ambivalenzen. Davon zeugen die umstrittenen Stellungnahmen des führenden liberalen Journalisten

---

v Protektorátu Čechy a Morava [Sozialpolitik und Nationalismus im Protektorat Böhmen und Mähren], unveröffentlichte Dissertation, Karls-Universität Prag 2018.

<sup>12</sup> Das Kaschauer Programm, S. 191.

<sup>13</sup> KATEŘINA ČAPKOVÁ, Germans or Jews? German-Speaking Jews in Poland and Czechoslovakia after World War II, in: *Jewish History Quarterly* (2013), H. 2, S. 348–362.

<sup>14</sup> JÁN MLYNÁRIK, *Dějiny Židů na Slovensku* [Die Geschichte der Juden in der Slowakei], Praha 2005, S. 358.

<sup>15</sup> Siehe dazu KATEŘINA ČAPKOVÁ / MICHAL FRANKL, *Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933–1938*, Köln u. a. 2012; *Zwischen Prag und Nikolsburg. Jüdisches Leben in den böhmischen Ländern*, hg. v. KATEŘINA ČAPKOVÁ / HILLEL J. KIEVAL, Göttingen 2020.

Ferdinand Peroutka aus der Zeit nach dem Münchner Abkommen, um die in Tschechien zuletzt eine Kontroverse ausbrach.<sup>16</sup> Eine ähnliche Ambivalenz weisen auch die Aussagen des Exil-Außenministers und Sohns des Staatsgründers Jan Masaryk auf. In einer Rundfunkansprache aus London im September 1943 forderte zwar Masaryk die tschechische Bevölkerung dazu auf, den böhmischen Juden zu helfen; zugleich bemerkte er aber, man solle es tun, auch wenn „viele von ihnen sich nicht gut verhalten haben“, d. h. deutsch sprachen (*němčili*) und die tschechische Kultur ablehnten.<sup>17</sup>

Die Botschaft dieser implizit antisemitischen Formulierung war klar: Nach dem Krieg wurde von den überlebenden Juden erwartet, dass sie sich an die tschechische Mehrheitsbevölkerung voll assimilieren, vor allem die früher verbreitete kulturelle und sprachliche Ambivalenz bzw. deutschkulturelle Orientierung verwerfen sollten. Laut dieser tschechischen Selbstbeschreibung galt der Antisemitismus als ein ausschließlich deutsches Problem, während die angeblich freundliche Einstellung der Tschechen den Juden gegenüber hervorgehoben wurde. Weggelassen oder relativiert wurde dagegen der genuin tschechische Antisemitismus, der in der modernen tschechischen Gesellschaft reichlich vorhanden war, und zwar nicht als Randphänomen, das angeblich nur vom „sozialen Abschaum“ betrieben wurde. Diese ambivalente Stellung spielte eine wichtige Rolle bei den wiederholten Ausbrüchen des Antisemitismus bzw. des „Antizionismus“ und seiner Auswirkungen auf die Außenpolitik, sowohl Anfang der 1950er Jahre als auch während des Prager Frühlings wie auch in der Zeit der sogenannten Normalisierung, vor allem im Hinblick auf die Einstellung zu Israel.<sup>18</sup>

Die im Kauschauer Programm akzentuierte prosowjetische Orientierung der Außenpolitik setzte sich auch nach dem Kriegsende verstärkt fort. Die offiziellen Dokumente der Regierungen von Zdeněk Fierlinger und Klement Gottwald (1945–1948) blieben bei der Mischung von Demokratie und Sozialismus, was damals allgemein verbreitet war, nicht nur in Ostmitteleuropa. In der späteren Publizistik wie auch Geschichtsschreibung setzte sich die Interpretation durch, dass in den ersten Nachkriegs-

---

<sup>16</sup> Heftig debattiert wurde vor allem über Ferdinand Peroutkas Aufsatz „Češi, Němci a židé“ [Tschechen, Deutsche, Juden], der am 22. Februar 1939 in der Zeitschrift „Přítomnost“ erschien.

<sup>17</sup> JAN MASARYK, Volá Londýn [London ruft], Praha 1946, S. 261–263.

<sup>18</sup> EVA TATEROVÁ, Československá diplomacie a Izrael v letech 1948–1967 [Die tschechoslowakische Diplomatie und Israel in den Jahren 1948–1967], Brno 2017.



jahren die außenpolitische Konzeption der Tschechoslowakei als „Brücke zwischen West und Ost“ die Oberhand gewonnen hätte. Doch bei genauer Betrachtung kommt deutlich zum Vorschein, dass diese Konzeption umstritten war oder gar schon damals von den meisten bestimmenden Akteuren abgelehnt wurde.<sup>19</sup> In den offiziellen Regierungsdokumenten wurde der Begriff der Brücke nie verwendet. Der Außenminister Jan Masaryk hat in einer selbständigen Schrift von 1947 die Konzeption ausdrücklich verworfen.<sup>20</sup> Auch beim Staatspräsidenten Edvard Beneš findet sich kaum eine Erwähnung der Brücken-Metapher, weder in seiner grundlegenden Schrift aus der Kriegszeit, „Demokratie heute und morgen“, noch in seinen wichtigsten Nachkriegsreden. Vielmehr handelte es sich um einen zeitgenössischen Kampfbegriff, der in der späteren Publizistik und Historiografie sein eigenes Leben zu führen begann.<sup>21</sup>

Viel eher als die Brücken-Figur wurde das hierarchische Verhältnis zwischen der Sowjetunion als dem Hauptverbündeten und den westlichen Demokratien als sekundären Partnern zum gemeinsamen Nenner der meisten außenpolitischen Äußerungen. Das Kaschauer Regierungsprogramm bezeichnete diese Asymmetrie mit den Worten „engste Bundgenossenschaft (*těsné spojení*) mit der Sowjetunion“ und „freundschaftliche Beziehungen (*přátelské vztahy*)“ zu den westlichen Alliierten.<sup>22</sup>

Das hierarchische Verhältnis zwischen den beiden Orientierungen konnte nicht klarer ausgedrückt werden.<sup>23</sup> Die USA sind im Text ein einziges Mal, und zwar bezeichnenderweise nur parenthetisch erwähnt: „Die freundschaftlichen Beziehungen zu England, dessen Hilfe während des Krieges wir hoch einschätzen, *wie auch zu den USA*, wird die Regierung in ähnlicher Weise stärken wie die besonders enge Freundschaft mit

---

<sup>19</sup> Vgl. die Argumentation von VÍT SMETANA, *Concession of Conviction? Czechoslovakia's Road to the Cold War and the Soviet Bloc*, in: *Imposing, Maintaining, and Tearing open the Iron Curtain. The Cold War and East-Central Europe, 1945–1989*, hg. v. MARK KRAMER / VÍT SMETANA, Lanham MD 2014, S. 55–85.

<sup>20</sup> JAN MASARYK, *Ani opona, ani most* [Weder Vorhang, noch Brücke], Praha 1947.

<sup>21</sup> EDVARD BENEŠ, *Demokratie heute und morgen*, Zürich 1944. Zum breiteren publizistischen Kontext vgl. CHRISTIANE BRENNER, „Zwischen Ost und West“. Tschechische politische Diskurse 1945–1948, München 2009.

<sup>22</sup> Das Kaschauer Programm, S. 188.

<sup>23</sup> Siehe dazu PETR PROKŠ, *Československo a Západ, 1945–1948. Vztahy Československa se Spojenými státy, Velkou Británií a Francií v letech 1945–1948* [Die Tschechoslowakei und der Westen, 1945–1948. Die Beziehungen der Tschechoslowakei zu den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in den Jahren 1945–1948], Praha 2001.

Frankreich“.<sup>24</sup> Hingegen wird in dem vierzehnteiligen Text auf die Sowjetunion ca. dreißigmal verwiesen; die politische, wirtschaftliche und kulturelle Verflechtung mit der Sowjetunion bildet den roten Faden der Erklärung.

Der Einwand, dass sowohl der Inhalt als auch der Duktus des Kaschauer Programms die bereits damals bestehende kommunistische Hegemonie in der Regierung wiedergab, lässt sich damit entkräften, dass auch Beneš in seinen eigenen Reden dieses ungleichgewichtige Verhältnis zwischen „Osten“ und „Westen“ reproduzierte. Die „slawische Politik“ betonte er in seinen Reden immer stärker als die westlich-demokratische Orientierung. So in der Rede im Prager Altstädter Rathaus am 16. Mai 1945:

„Auf internationaler Ebene hat uns die westliche Welt 1938 schlimmes Unrecht zugefügt. Es sei angemerkt, dass sie durch diesen Krieg und seine Opfer während des Krieges ihre damals schwerwiegende Ungerechtigkeit wiedergutmachte. Es war die Wiedergutmachung des Unrechts, das uns angetan wurde; aber mehr noch: Es wurde dadurch unserer eigentlichen außenpolitischen Ausrichtung von 1938 Genugtuung getan und nicht zuletzt die Richtigkeit unserer gemeinsamen Politik mit der Sowjetunion aus den Jahren vor der Münchener Krise bestätigt, da auf internationaler Ebene München gleichermaßen ein Angriff auf die Sowjetunion wie auf uns war.“<sup>25</sup>

Schließlich folgten alle Regierungserklärungen der Nachkriegszeit dieser Asymmetrie, sowohl die beiden Programmdokumente der Regierung Fierlinger vom Oktober und November 1945 („In unserem *engen Bündnis* mit der Sowjetunion bewahrten wir die freundschaftlichsten Beziehungen zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten“) als auch die kommunistisch dominierte Regierung Gottwald, die nach der Parlamentswahl im Mai 1946 gebildet wurde. Das Regierungsprogramm erwähnte „ein *dauerhaftes Bündnis* und eine umfassende Zusammenarbeit mit unserem mächtigen Verbündeten, der Sowjetunion“ im Unterschied zu „den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen *Beziehungen* zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten“.<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> Das Kaschauer Programm, S. 188. Hervorhebungen P. K.

<sup>25</sup> EDVARD BENEŠ, Projev presidenta republiky Dr. Edvarda Beneše v Praze, dne 16. května 1945, na Staroměstském náměstí [Die Rede des Präsidenten der Republik Dr. Edvard Beneš in Prag am 16. Mai auf dem Altstädter Ring], Hranice 1946, S. 19 f.

<sup>26</sup> Programové prohlášení vlády, 30. Oktober 1945; Programové prohlášení vlády, 9. November 1945, <https://vlada.cz/assets/clenove-vlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1945-1960-csr/zdenek-fierlinger-2/ppv-1945-1946-fierlinger2.pdf> (Zugriff: 06.09.2020); Programové prohlášení vlády, 8. Juli 1946. Hervorhebungen P. K.

Die gängige, in der Publizistik oft anzutreffende Deutung der ersten Nachkriegsjahre als „Kampf“ um die außenpolitische Orientierung zwischen der Brücken-Konzeption von Beneš und der kommunistischen Orientierung auf die Sowjetunion hin ist bei kritischer Betrachtung genauso wenig haltbar<sup>27</sup> wie die Auffassung der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 als Ergebnis des Konfliktes zwischen einem angeblich (pro-westlichen) „demokratischen“ und einem (pro-östlichen) „totalitären“ Lager. Vielmehr deuten die Entwicklungen auf ein klares Übergewicht der prosowjetischen Orientierung sowohl in den Bildungseliten als auch in breiteren Gesellschaftsschichten, vor allem der Arbeiterschaft, hin.

Die kommunistische Machtübernahme im Februar 1948 war also auch im außenpolitischen Bereich weniger eine Wende als ein Ausdruck von Kontinuität und der Verschärfung früherer Tendenzen.<sup>28</sup> Änderungen in der politischen Semantik hingen hauptsächlich mit dem neu eingetretenen Kontext des Kalten Krieges zusammen, der die sich vorher abzeichnende Ost-West-Spaltung zu der Hauptachse des politischen Konflikts machte. Die Zeit nach 1948 kann man als die Phase des Hochstalinismus bezeichnen, die im tschechoslowakischen Fall – anders als etwa in Polen und Ungarn – bis 1956 dauerte.

Obwohl sich die außenpolitischen Feindbilder teilweise universalisierten und entnationalisierten (statt „Deutsche“ und „Magyaren“ galten nun „Imperialisten“, „Zionisten“, „Trotzkisten“ und „Titoisten“ als Erzfeinde), wirkten in der stalinistischen Sinnwelt die national-emanzipatorischen Selbstbilder weiter, was zeitweise zu Spannungen führte. Den Hochstalinismus als eine gut funktionierende Symbiose zwischen Klasse und Nation zu bezeichnen wäre sicherlich übertrieben, denn die neu eingeführte Dominanz der Arbeiterklasse bzw. des Proletariats unter gleichzeitigem Ausschluss der nationalen Bourgeoisie aus dem Nationalkörper brachte zahlreiche Widersprüche im nationalen Großnarrativ hervor. Der „bürgerliche Nationalismus“ (im Falle Gustáv Husáks und der „slowakischen

---

<sup>27</sup> Diese Deutung wird stark vertreten von MAREK KAZIMIERZ KAMIŃSKI, *Velká Británie a československé pokusy o „most“ mezi Východem a Západem (1945–1948)* [Großbritannien und die tschechoslowakischen Versuche einer „Brücke“ zwischen Ost und West (1945–1948)], in: *Svědectví* 21 (1987), H. 82, S. 437–468.

<sup>28</sup> Für diese Deutung siehe zwei klassische Texte: H. GORDON SKILLING, *Stalinism and Czechoslovak Political Culture*, in: *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*, hg. v. ROBERT C. TUCKER, New York 1977, S. 257–288; JACQUES RUPNIK, *The Roots of Czech Stalinism*, in: *Culture, Ideology and Politics. Essays for Eric Hobsbawm*, hg. v. RAPHAEL SAMUEL / GARETH STEDMAN JONES, Abingdon 2016, S. 302–319.

bürgerlichen Nationalisten“ noch 1954) sowie die „rechtsnationalistische Abweichung“ (im Falle Władysław Gomułkas 1948), also eindeutig anti-nationale Konzepte, gehörten zu den zentralen stalinistischen Feindbildern.<sup>29</sup>

Im Hinblick auf die tschechoslowakischen Geschichtstraumata bedeutete diese semantische Verschiebung, dass der wichtigste Erinnerungsort und das Trauma für die Tschechen – das Münchner Abkommen von 1938 – nun nicht nur Hitlerdeutschland und teilweise dem Verrat des Westens zugeschrieben wurde, sondern vor allem der eigenen nationalen Bourgeoisie bzw. stellenweise nur der „Großbourgeoisie“. Das erste Regierungsprogramm nach der kommunistischen Übernahme vom März 1948 beteuerte diese implizit nationskritische Sicht – „München“ habe auch nationsinterne Ursachen gehabt:

„In außenpolitischer Hinsicht ging es der Reaktion darum, uns von der Sowjetunion und anderen Verbündeten zu trennen und die Republik denjenigen wieder anzunähern, die München auf dem Gewissen haben. [...] Aus den gleichen selbstsüchtigen Klassengründen kapitulierte die tschechische und slowakische Großbourgeoisie in den Tagen von München und lehnte die militärische Unterstützung der Sowjetunion für die Tschechoslowakei ab.“<sup>30</sup>

Die Sprache der außenpolitischen Deklarationen aus den späten 1940er Jahren zeichnet sich durch die typisch stalinistische Tendenz aus, Klarheit zu schaffen und Ambivalenzen zu beseitigen. „Der Februar-Sturm“, heißt es weiter in der Regierungserklärung,

„hat auch unseren außenpolitischen Horizont geklärt. [...] Der Anschein ist endgültig vorbei, nach dem die Republik politisch auf zwei Stühlen sitzt. Allen Seiten sei gesagt, dass die Tschechoslowakei ein treues und verlässliches Mitglied der slavischen Familie ist und bleibt und sich auch mit anderen Ländern der Volksdemokratie verbündet fühlt. Dies schließt nicht aus, dass wir alles daran setzen wollen, um ein gutes Verhältnis zu allen anderen Staaten aufrechtzuerhalten, das jedoch auf Gegenseitigkeit beruhen muss. Wir wollen nur einen fairen Handel und keine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten.“<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> PAVEL KOLÁŘ, *Der Poststalinismus. Ideologie und Utopie einer Epoche*, Köln u. a. 2016, S. 143–158.

<sup>30</sup> Programové prohlášení vlády, 10. März 1948, <https://vlada.cz/assets/clenovevlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1945-1960-csr/klement-gottwald-2/ppv-1948-gottwald2.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

<sup>31</sup> Ebd.

Zugleich setzte sich schrittweise die für den Spätstalinismus typische Vermischung des (klassisch) stalinistischen manichäischen Gegensatzes Freund – Feind mit der neuen Friedensrhetorik durch, die Stalin selbst in seinen letzten Lebensjahren förderte, z. B. mit Ausdrücken wie „Lager des Friedens“ und „Kampf für den Frieden“.<sup>32</sup> In der Programmklärung der Regierung Antonín Zápotocký vom Juni 1948 war einerseits die Rede von der „Ausweitung und Vertiefung der Zusammenarbeit für den Frieden auf allen Gebieten“, „allseitiger Friedenszusammenarbeit“, der „Politik des Friedensaufbaus“; andererseits verurteilte die Regierung die „Drohungen und das Säbelrasseln in den Kreisen von kapitalistischen Feinden, die die sich gerade vor unserer Ruhe und unserem Selbstbewusstsein fürchten“.<sup>33</sup>

Auch der neue Außenminister Vladimír Clementis betonte in seiner Rede auf dem IX. Parteitag der KPČ im Mai 1949 den manichäischen unversöhnlichen Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus (Friedenslager vs. Kriegslager) und lehnte jegliche Zusammenarbeit mit dem Westen ab; zugleich bediente er sich verstärkt der Friedensrhetorik („katastrophale Mittel des Krieges“), womit semantisch der Boden für eine spätere „Koexistenz“ vorbereitet wurde. Auch indem Clementis auf die gescheiterten Verhandlungen über den Bündnisvertrag mit Frankreich im Jahr 1947 einging – er betonte zwar die eindeutig „anti-imperialistische“ Einstellung der tschechoslowakischen Regierung (die KPF wurde aus der Regierung vertrieben und Frankreich schloss sich daraufhin der anti-sowjetischen Linie an) –, wurde der Verlust des „wahren Frankreich“, seiner Freundschaft, als offene Wunde offenbart, die durch den Münchner Verrat verursacht und nie wieder geheilt wurde.<sup>34</sup> Das Münchner Trauma war auch hier das A und O der Außenpolitik, ein rhetorischer Dauerbrenner, der sich durch alle außenpolitischen Texte während der gesamten Ära der kommunistischen Diktatur zieht.

Die Forschungsliteratur stellt für den Zeitraum des „Hochstalinismus“ nach 1948 eine vorbehaltlose Unterwerfung des tschechoslowakischen Staates unter die sowjetischen Machtinteressen sowie die Bedeutungslosigkeit

---

<sup>32</sup> BERTRAM D. WOLFE, Khrushchev and Stalin's Ghost. Text, Background and Meaning of Khrushchev's Secret Report to the Twentieth Congress on the Night of February 24–25, 1956, New York 1957, S. 51.

<sup>33</sup> Programové prohlášení vlády, 17. Juni 1948, <https://vlada.cz/assets/clenove-vlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1945-1960-csr/antonin-zapotocky/ppv-1948-1953-zapotocky.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

<sup>34</sup> Protokol IX. řádného sjezdu Komunistické strany Československa v Praze 25.–29. května 1949 [Protokoll des IX. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in Prag 25.–29. Mai 1949], Praha 1949, S. 249–256.

keit der tschechoslowakischen Außenpolitik fest. Die Außenpolitik der einzelnen sozialistischen Länder sollte mit der „Blockpolitik“, d. h. praktisch mit der sowjetischen Politik, völlig übereinstimmen.<sup>35</sup> Mit dem Niedergang der Bedeutung der Außenpolitik ging auch der Niedergang des diplomatischen Apparates Hand in Hand. Wichtig ist jedoch zu bemerken, dass einige wichtige Umgestaltungen bereits nach 1945 stattfanden. Mit der Rückkehr Jan Masaryks in das Czernin-Palais (den Sitz des tschechoslowakischen Außenministeriums auf dem Hradschin, übrigens einem der größten Palastkomplexe in Prag, was paradox gewirkt haben muss angesichts der abnehmenden Bedeutung der Außenpolitik für den tschechoslowakischen Staat) wurde die Kontinuität mit der Ersten Republik symbolisch unterstrichen, und auch der bürokratische Apparat setzte zunächst die Arbeitsroutine der Vorkriegszeit fort.

Aber die eigentliche Politik wurde nach neuen Regeln gestaltet. Vor allem stieg der Einfluss der Regierung und des Ministerpräsidenten auf die Außenpolitik. Die Macht von Staatspräsident Beneš über das Czernin-Palais blieb bestehen, war aber unvergleichbar geringer als vor dem Krieg.<sup>36</sup> Der bürokratische Apparat differenzierte sich zunehmend politisch und ideologisch, vor allem der kommunistische Einfluss verstärkte sich. Mit dem Staatssekretär Vlado Clementis, einem slowakischen kommunistischen Intellektuellen, kam eine Kohorte junger linksgesinnter Mitarbeiter in das Ministerium. Dies geschah keineswegs gegen den Willen des Ministers Masaryk, sondern mit seiner Unterstützung. Laut dem Historiker Jindřich Dejmek war unter Masaryk die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bereits vor 1948 sogar enger als jene mit Frankreich vor dem Krieg.<sup>37</sup> Eine noch deutlichere Umgestaltung des Ministeriums fand nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 statt. 1949 wurde die Behörde nach dem sowjetischen Modell umorganisiert, indem das alte Gliederungssystem in Sektionen aufgehoben wurde. Zunächst führte aber der neue Außenminister Clementis keine umfassenden Säuberungen im Ministerium durch, da er an einem guten Funktionieren des Apparats Interesse hatte. Mit der Zeit wurde jedoch seine Position schwächer, während der Einfluss des ZK der KPČ (vor allem durch den Leiter

---

<sup>35</sup> JAROSLAV ŠEDIVÝ, Předmluva [Vorwort], in: JINDŘICH DEJMEK, Diplomacie Československa. Díl I, Nástin dějin ministerstva zahraničních věcí a diplomacie (1918–1992) [Diplomatie der Tschechoslowakei. Teil I, Abriss der Geschichte des Außenministeriums und der Diplomatie (1918–1992)], Praha 2012, S. 9–13, hier S. 11 f.

<sup>36</sup> DEJMEK, Diplomacie, S. 119 ff.

<sup>37</sup> Ebd., S. 121.

der Internationalen Abteilung Bedřich Geminder) sowie der der Staatsicherheit (StB) zunahm. Clementis wurde im Januar 1950 entlassen, ein Jahr später inhaftiert und Ende 1952 im Rahmen des Slánský-Prozesses zum Tode verurteilt und hingerichtet (ironischerweise war auch sein einstiger Rivale Geminder unter den Hingerichteten).

Erst ab 1951 setzte also die tiefgreifende „Sowjetisierung“ bzw. „Stalinisierung“ des Ministeriums ein. Mit der Leitung der Behörde wurde ein wenig gebildeter Parteiapparatschik, der ehemalige Eisenbahnarbeiter Viliam Široký, der wenig von Außenpolitik verstand und sich für sie auch nicht besonders interessierte, betraut. Die Folge war eine fast absolute Vorherrschaft der Parteiführung, der Sicherheitsorgane und der sowjetischen Berater über die Außenpolitik sowie eine sich fortsetzende Degradierung der Behörde.<sup>38</sup> Radikale Säuberungen fanden statt, die sich vor allem gegen Spanien-Kämpfer, Kommunisten aus dem westlichen Exil und Juden (z. B. Arthur London, André Simone und Eduard Goldstücker) richteten. Die Tätigkeit des diplomatischen Dienstes wurde minimalisiert, u. a. wurden fast alle Konsulate im Westen geschlossen. Interessanterweise lässt sich deshalb die „Sowjetisierung“ im Bereich der Außenpolitik als eine faktische Entprofessionalisierung bezeichnen.

Der Herabsetzung der Außenpolitik entsprach auch der nüchterne, zurückhaltende Ton der auf das Außenpolitische bezogenen Erklärungen im kurzen poststalinistischen Intermezzo zwischen 1953 und 1956. Ein Monat nach Stalins Tod, im April 1953, wurde eine neue tschechoslowakische Regierung gebildet, nachdem Gottwald gestorben und der Ministerpräsident Zapotocký zum Staatspräsidenten ernannt worden war; Široký selbst avancierte zum Ministerpräsidenten. Die Programmklärung der neuen Regierung bewegte sich bereits in einem abwartend-konsolidierenden Modus. Das Ziel der Außenpolitik sollte nun sein,

„den Frieden zwischen den Völkern zu erhalten und zu festigen, die Unantastbarkeit, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit unserer Republik zu sichern, die Sicherheit für unseren weiteren Aufbau des Sozialismus zu bewahren“.<sup>39</sup>

---

<sup>38</sup> Anders war die Lage im Verteidigungsministerium, wo der Minister Alexej Čepička offensichtlich im Stande war, das Amt vor größeren Eingriffen der Staatssicherheit zu schützen. Siehe dazu die hervorragende Dissertation: PAUL LENORMAND, *Vers l'armée du peuple. Autorité, pouvoir et culture militaire en Tchécoslovaquie de Munich à la fin du stalinisme*, Paris 2019, S. 890 f.

<sup>39</sup> Programové prohlášení vlády 16. 4. 1953, <https://vlada.cz/assets/clenove-vlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1945-1960-csr/antonin-zapotocky/ppv-1953-1954-siroky1.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

Ein überwiegend stabilisierender, abwartender Wortschatz des frühen Poststalinismus setzte sich durch, verbunden mit der Fähigkeit, die Malenkov-Chruščevsche Kursänderung schnell nachzuahmen, hier noch mit der Unterstreichung der „Friedenspolitik“ Lenins und Stalins:

„Die Regierung wird auch weiterhin ausgehen in ihrer Außenpolitik von der Lehre Lenins und Stalins über die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens und Wettbewerbs von zwei unterschiedlichen Systemen – des kapitalistischen und des sozialistischen.“<sup>40</sup>

Die folgenden Jahre brachten insgesamt die Rückkehr der Außenpolitik als einen bedeutenderen Bereich der kommunistischen Politik, infolge Georgij Malenkovs und später Nikita Chruščevs außenpolitischer Offensive. Die Programmklärung der zweiten Regierung Široký vom Dezember 1954 widmet der internationalen Situation eine umfangreiche Passage von sieben Seiten, vor allem den soeben abgeschlossenen Pariser Verträgen, die den Besatzungsstatus Westdeutschlands aufhoben und dessen Eingliederung in die westlichen Strukturen ermöglichte. Auch der Generalsekretär Antonín Novotný hob im außenpolitischen Teil seines Referats auf dem X. Parteitag der KPČ im Juni 1954 den Aufbau des diplomatischen Apparates hervor; die Rede enthielt erste Ansätze der späteren Wende der Staaten des Sowjetblocks hin zur „Dritten Welt“ und dem „nationalen Befreiungskampf“ der kolonialen Völker. Auffällig verschob sich die Aufmerksamkeit von den europäischen zu globalen Fragen: Eine euphorische Passage des Novotný-Referates ist der Entwicklung des Sozialismus in Rotchina gewidmet („Mit Freude sind unsere Kontakte zur Volksrepublik China zu erwähnen, mit der wir enge Freundschaftsbeziehungen gleich nach deren Gründung im Oktober 1949 geknüpft haben“), gefolgt von Berichten über Korea und Vietnam; erst dann folgt die obligatorische Tirade gegen den westdeutschen „Revanchismus und Militarismus“, der aber auf „wachsenden Widerstand des deutschen Volkes“ gestoßen sei.<sup>41</sup> Diese Hinwendung zur „Dritten Welt“, in deren Folge die Tschechoslowakei zu einem *global player* werden sollte, kulminierte in den frühen sechziger Jahren. Sie drückte das tschechische und slowakische Selbstverständnis als ehemals unterdrückte Völker, die nun anderen unterdrückten Völkern Geburtshilfe leisten sollten, aus.

---

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Protokol X. řádného sjezdu Komunistické strany Československa v Praze 11.–15. června 1954 [Protokoll des X. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in Prag 11.–15. Juni 1954], Praha 1954, S. 24–35.



## Die poststalinistisch-reformistische Phase

Nach 1956 folgte eine poststalinistisch-reformistische Phase, deren Ende mit der Niederschlagung des Reformsozialismus und dem Beginn der „Normalisierung“ nach 1968 identifiziert werden kann.<sup>42</sup> Sie war durch die der Entstalinisierung entstammenden Begriffe „friedliche Koexistenz“ und „nationale Wege zum Sozialismus“ geprägt, die für viele tschechoslowakische Kommunisten eine Rückkehr in die Zeit vor 1948 bedeuteten, sowie durch die Konzeptionen des *policentrismo* von Palmiro Togliatti und der „kommunistischen Weltbewegung“.

Diese Entwicklung schlug sich im Wiederaufbau einer unabhängigeren Außenpolitik der osteuropäischen Satellitenstaaten nieder, auch wenn die Orientierung an der Sowjetunion maßgeblich blieb. Eine der prägenden Signaturen dieser Ära war das oben erwähnte verstärkte Interesse für die „Dritte Welt“, das die sowjetische Führung im Namen des „antikolonialistischen Befreiungskampfes“ ab Mitte der 1950er Jahre verfolgte. Man kann von einer ersten Phase der „sozialistischen Globalisierung“ sprechen, die sich vom Stalinismus unterschied, der noch überwiegend kontinental und traditionell geopolitisch machtorientiert gewesen war. In der tschechoslowakischen Außenpolitik gegenüber der „Dritten Welt“ wirkten dabei universalistische Utopievorstellungen, nationale Emanzipationstraditionen und wirtschaftliche Interessen gleichermaßen als grundlegende Faktoren. Die Verschränkung von universalistischer Utopie und nationaler Tradition war schließlich bestimmend auch für die außenpolitische Selbstpositionierung während des Prager Frühlings: Der utopische Anspruch des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ging Hand in Hand mit der Idee der „Rückkehr“ zum „authentischen“ tschechoslowakischen Sozialismus. Nach 1956 verschwand der „imperialistische Feind“ zwar nicht aus der kommunistischen Rhetorik. Aber seine Position im Feind-Spektrum änderte sich. Im Unterschied zu Stalin setzte Chruščev bekanntlich auf die Koexistenz mit dem Kapitalismus, also auf Wettbewerb. Die Poststalinisten sprachen weniger vom Antagonismus und selten von Erzfeindschaft. Ein offen ausgetragener, feindlicher Konflikt wurde durch den Begriff der „friedlichen Koexistenz“ ersetzt. Kriegerische Gewalt nach außen sollten die kommunistischen Staaten nicht mehr anwenden.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. KOLÁŘ, Poststalinismus, passim.

<sup>43</sup> Zum Begriff der „friedlichen Koexistenz“ MAUD BRACKE, *Which Socialism, Whose Détente? West European Communism and the Czechoslovak Crisis of 1968*, Budapest 2012, S. 52 f.; BERTRAM D. WOLFE, *Khrushchev and Stalin's Ghost*, S. 47–53. Wolfe weist

Hinzu kam, dass nach 1956 neue Feinde auftauchten, die nun jedoch aus der „vergangenen Periode“, dem Stalinismus, hervorgingen: offiziell vor allem der Dogmatismus und der Personenkult; inoffiziell – der Stalinismus. Zu beachten ist, dass sich die stalinistischen Feindschaftsnarrative in erster Linie gegen konkrete Gegner wandten, die die feindlichen Doktrinen, Systeme und Prinzipien personalisierten, während der Feind im Poststalinismus, besonders während der liberaleren sechziger Jahre, abstrahiert und politischen Systemen und „feindlichen Ideologien“ gleichgesetzt wurde.<sup>44</sup> In dieser Auffassung war es eher der „amerikanische Imperialismus“, der den äußeren Hauptfeind darstellte, als Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy. Und auch der innere Feind war eher der „Revisionismus“ als konkrete „Volksfeinde“ wie bisher Tito, Slánský oder Rajk; eher der Dogmatismus und Personenkult als Stalin, eher die *berijowszczyzna* als Berija.

Die abstrahierende Feindimagination drängte im Poststalinismus die personifizierten Feindbilder beiseite. Sie dämonisierte den Feind seltener als Bestie oder Monster und bildete ihn stattdessen abstrakt als ein gegnerisches „System“ ab.<sup>45</sup> Der imperialistische Feind – die USA usw. – blieb, aber wurde ebenfalls relativiert: Es ging nicht mehr um den Feind an sich, sondern den „imperialistischen Feind des Friedens“, wie es in der Programmklärung der tschechoslowakischen Regierung vom Juli 1960 hieß.<sup>46</sup>

Eine Ausnahme stellten die Feindbilder von Westdeutschland dar, wo individuelle Personen als Feinde und Systeme sowie Ideologien nach wie vor in personalisierter Form auftraten: Die „Adenauer-Clique“, „Adenauer und Konsorten“ oder die „Adenauer-Politik“. Infolge der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten in den späten sechziger Jahren

---

darauf hin, dass Stalin selbst in seinen letzten Jahren die Begriffe wie „Lager des Friedens“ und „Kampf für Frieden“ prägte, ebd., S. 51; vgl. DARINA VOLF, *Über Riesen und Zwerge. Tschechoslowakische Amerika- und Sowjetunionbilder 1948–1989*, Göttingen 2017, S. 342 f.

<sup>44</sup> RODNEY S. BARKER, *Making Enemies*, New York 2007, S. 5.

<sup>45</sup> SILKE SATJUKOW / RAINER GRIES, *Feindbilder des Sozialismus. Eine theoretische Einführung*, in: *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, hg. v. DENS., Leipzig 2004, S. 13–74, hier S. 38 ff. Barker bemerkt, dass die Entpersonalisierung des Feindes mit Ideologisierung einhergeht. Durch den Bezug auf eine Ideologie definierte Feinde sind flexibler als z. B. rassisch oder biologisch definierte Feinde. BARKER, *Making Enemies*, S. 161.

<sup>46</sup> Programové prohlášení vlády, 12. Juli 1960, <https://vlada.cz/assets/clenove-vlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1960-1990-cssr/viliam-siroky/ppv-1960-1963-siroky.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

wurde Konrad Adenauer rückblickend weniger als Person verunglimpft; die DDR-Propaganda sprach häufiger von „Adenauer-Westdeutschland“ und der „Adenauer-Ära“.<sup>47</sup>

Die Reihe der Feinde änderte sich bedeutend, nachdem Jugoslawien von der schwarzen Feindliste entfernt worden war. Zwar übte die Ostblock-Propaganda auch dann am „jugoslawischen Weg zum Sozialismus“ immer wieder Kritik; sie war aber nicht mehr ein Teil der Feindeserzählung, sondern wurde im Rahmen des „sozialistischen Wettbewerbs“, der Konkurrenz innerhalb einer und derselben Ideologie, geübt. Diese Änderung schloss nicht aus, dass auch nach 1956 im lokalen Raum vereinzelt antijugoslawische Feindbilder erschienen, hauptsächlich im Zusammenhang mit dem sogenannten Revisionismus und dem ungarischen Aufstand. Die Annäherung wurde als ein „komplizierter Prozess“ betrachtet, eine Rückkehr zum Kalten Krieg aber nicht für möglich gehalten.<sup>48</sup>

Die poststalinistische Feindschaftserzählung zeichnete sich demnach durch die Umwertung von bereits bestehenden Feinden aus, zu denen die Imperialisten, die Westdeutschen, die Zionisten und die Kirche zählten. Zugleich gab es Neuerungen: Die Revisionisten, die Dogmatiker (Sektierer, Stalinisten), der Personenkult, und neuerdings auch die, oft explizit ausgedrückten, gegenseitigen Aversionen ostmitteleuropäischer Völker (zwischen Polen und Tschechen, Tschechen und Slowaken, Slowaken und Ungarn oder Ungarn und Rumänen). Die nationalen Animositäten wuchsen sich zwar selten von der Konkurrenz zum Antagonismus oder gar zu einer Erzfeindschaft aus, waren aber dahingehend prägend, als dass sie den politischen Feind zusätzlich ethnisierten. Anstatt der stalinistischen Schwarz-Weiß-Bilder haben wir es im Poststalinismus mit einem vielfältigen Geflecht von Feindeserzählungen zu tun, in welchem mehrere konkurrierende Feindbilder und Aspekte von Feindschaft aufeinanderprallten, wie Zionismus, „jüdischer Nationalismus“, Revisionismus oder die Aversion gegen die Intellektuellen.

<sup>47</sup> Vgl. MONIKA GIBAS, „Bonner Ultras“, „Kriegstreiber“ und „Schlotbarone“. Die Bundesrepublik als Feindbild der DDR in den fünfziger Jahren, in: *Unsere Feinde*, hg. v. SATJUKOW / GRIES, S. 75–106.

<sup>48</sup> Krajský výbor KSČ Ostrava [Bezirksausschuss KSČ Ostrava], Plenarsitzung 14.–15. 12.1956, Bl. 50–56. Vermehrt kam die Verbindung von Jugoslawien und Revisionismus im Jahr 1968 vor dem Hintergrund des Prager Frühlings vor. Siehe z. B. die Diskussion in Tschenstochau (Częstochowa) nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei: Archiwum Państwowe w Katowicach [Staatsarchiv Katowice], Komitet Wojewódzki [Woiwodschaftskomitee] PZPR, 313/I/9, Komitet Powiatowy PZPR Częstochowa [Kreiskomitee PZPR Częstochowa], Materialien aus der Konferenz vor dem Parteitag, 24.09.1968, Bl. 5 ff.

Diese gewisse Verwässerung von klaren Feindbildern spiegelte sich auch in der Sprache der tschechoslowakischen Außenpolitik der poststalinistischen Ära wider. Die Rhetorik des Friedens verstärkte sich, wie in der Regierungserklärung vom Juli 1960, die den Optimismus der frühen 1960er Jahre durchblicken ließ: „Das Wachsen der Einheit, der Macht und der Stärke des sozialistischen Lagers ist der wichtigste Faktor im Kampf der Völker der ganzen Welt gegen die imperialistischen kriegssüchtigen Kräfte.“<sup>49</sup>

Die Feindschaft zum Imperialismus blieb, wurde aber abstrakter. Denn zugleich wird in der Erklärung im Einklang mit der poststalinistischen Entspannung betont, dass „die Tschechoslowakei an einer weiteren Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen mit allen kapitalistischen Staaten im Geiste des friedlichen Zusammenlebens Interesse hat.“ War die Rede von „den aggressivsten und extremistischen imperialistischen Kreisen“, so implizierte dies, dass man nicht die Regierungen und die offiziellen Vertreter der westlichen Länder meinte, sondern unklar definierte, abstrakte Gruppierungen, die als ein ständig neu auffüllbarer Signifikant fungierten. Interessanterweise – so die Programmklärung der Regierung Jozef Lenárt vom September 1963 – war diese Verwässerung des Feindbegriffes zugleich mit der Versicherung begleitet, dass das tschechoslowakische Volk keineswegs feindliche Einstellungen bewahrt habe, nicht einmal den Deutschen gegenüber: „Wir erklären erneut, dass unser Volk keine Feindschaft gegenüber dem deutschen Volk hegt.“<sup>50</sup> Dies war insoweit eine Bedeutungsverschiebung, als hier Feindschaft als Haltung in internationalen Beziehungen ausdrücklich abgelehnt wurde. Die dominante Losung hieß von nun an „Normalisierung der Beziehungen“. Der Begriff der Normalisierung war daher keineswegs eine Neuerung der „Normalisierungsära“ nach 1968; eher wanderte er aus dem Bereich der Außenpolitik in die innergesellschaftlichen Verhältnisse.

Nach 1956 wurde der bereits nach Stalins Tod eingesetzte Trend weiter verstärkt, internationale Beziehungen und Außenpolitik als einen bedeutenden Tätigkeitsbereich der kommunistischen Politik ernst zu nehmen und weiter auszubauen. Er drückte sich in dem sich fortsetzenden Ausbau, der Konsolidierung und (Re-)Professionalisierung des Ministeriums unter dem langjährigen Außenminister Václav David (im Amt 1953–1968)

<sup>49</sup> Programové prohlášení vlády, 12. Juli 1960.

<sup>50</sup> Programové prohlášení vlády, 25. September 1963, <https://vlada.cz/assets/clenovevlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1960-1990-cssr/jozef-lenart/ppv-1963-1968-lenart.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

aus, einem unauffälligen Apparatschik, der zwar kaum ein Experte für Außenpolitik war und auch keine Fremdsprachen beherrschte, der aber trotzdem das Amt und die tschechoslowakische Außenpolitik stabilisierte. David war neben Andrej Gromyko einer der am längsten amtierenden Außenminister des Ostblocks, länger als Adam Rapacki (1956–1968) oder Lothar Bolz (1953–1965), und stand im Kontrast zu Ungarn und Rumänien, wo sich fünf bzw. vier Außenminister abwechselten.<sup>51</sup>

Die neue Bedeutung der Außenpolitik ging mit der Wiederherstellung der partiellen Autonomie des Ministeriums vom Zentralkomitee der KPC einher, was nicht ohne Reibungen zwischen dem Czernin-Palast und dem Parteigebäude am Moldauufer verlief. Die Außenpolitik blieb prosowjetisch, „blocktreu“, trotzdem kam es im Zuge von 1956 („Nationale Wege zum Sozialismus“) zu einer begrenzten Abweichung und zu ersten schüchternen Versuchen, eine eigene Außenpolitik zu formulieren. Das Prinzip setzte sich durch, dass die sozialistischen Staaten sich zwar an der gemeinsamen (d. h. sowjetischen) Politik orientieren, jeder Staat aber „entsprechend seinen Möglichkeiten und Bedürfnissen“ dazu beitragen sollte.

Neue Begriffe etablierten sich wie „friedliche Koexistenz“ (bereits 1953) oder „Durchsetzen von Außenhandels-Interessen“. Das Ministerium erfuhr infolge seines Wachstums und einer gemäßigten Liberalisierung eine schrittweise Differenzierung. Vor allem in der Sektion für internationale Organisationen gruppierten sich Diplomaten, die genuin nationalstaatliche Interessen formulierten (einschließlich der Kontakte im Westen), oft zum Trotz des Ministers.<sup>52</sup> Eine neue Kohorte von jüngeren Karrierediplomaten trat in den außenpolitischen Dienst, die zum Teil in den 1950er Jahren in der Sowjetunion studiert und die liberalere Atmosphäre der frühen Entstalinisierung geatmet hatten (teilweise ging es auch um erste Absolventen des Moskauer Staatlichen Institutes für Internationale Beziehungen, MGIMO).

Als Beispiel ist die Laufbahn des Karrierediplomaten Dušan Spáčil zu nennen (geb. 1929), der in den 1950er Jahren in der Sowjetunion Jura studierte und anschließend als Diplomat bei der UNO und in westlichen Ländern wirkte. Seine Memoiren dokumentieren die Symbiose einer authentisch kommunistischen Überzeugung mit diplomatischer Professio-

---

<sup>51</sup> DEJMEK, *Diplomacie*, S. 178 ff. Zu David vgl. DUŠAN SPÁČIL, *My z Černína. Paměti československého diplomata* [Wir aus dem Czernin-Palais. Memoiren eines tschechoslowakischen Diplomaten], Praha 1995, S. 80 ff.

<sup>52</sup> ŠEDIVÝ, *Předmluva*, S. 11 ff.

nalität und kultureller Westorientierung: ein typisches Produkt der frühen Chruščev-Ära.<sup>53</sup>

Der Ausbau des diplomatischen Apparates setzte sich nun auf globaler Ebene fort. Im Juli 1959 pflegte die Tschechoslowakei diplomatische Beziehungen mit 57 Staaten und die Anzahl von Vertretungen wuchs ständig; es gab zu dieser Zeit insgesamt 77 Vertretungen – Botschaften, Gesandtschaften, Generalkonsulate und Konsulate – mit 854 Mitarbeitern des Außenministeriums und 925 Mitarbeitern im Bereich des Außenhandels.<sup>54</sup> 1964 bestanden diplomatische Beziehungen mit 73 Ländern.<sup>55</sup> Man kann von einer umfassenden „Offensive“ sprechen, die das sowjetische Vertrauen genoss und sich deshalb selbständiger entfalten konnte. Eine ambitionierte, 115 Seiten umfassende Afrika-Konzeption wurde ausgearbeitet, die sich auf „revolutionäre Regime“ wie Äthiopien, Ghana, Guinea und Mali konzentrierte.<sup>56</sup> Diese Hinwendung zur globalen Politik und vor allem der „Dritten Welt“ entsprang der poststalinistischen Euphorie aus der Zeit nach 1956 und nochmals verstärkt nach dem XXII. Parteitag der KPdSU von 1961. Begriffe wie „Weltkommunismus“ oder „sozialistisches Weltsystem“ waren prägend. In der Programmklärung der Regierung von Jozef Lenárt 1963 hieß es im universalistischen Duktus:

„Das sozialistische Weltsystem, seine wirtschaftlichen wie politischen Erfolge, sind in der gegenwärtigen Etappe der entscheidende Faktor der weiteren Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, der weiteren Erfolge von Frieden, Sozialismus und Kommunismus in der Welt.“<sup>57</sup>

Die Expansion der Aufmerksamkeit der „Dritten Welt“ gegenüber bezog sich vor allem auf Afrika, den Nahen Osten, Indien, Vietnam und Indonesien, wo neue diplomatische Vertretungen gegründet wurden. 1966 wurde im Ministerium eine neue Sektion für sozialistische Staaten in Asien ausgegliedert.<sup>58</sup> Der Schwerpunkt lag auf dem wirtschaftlichen Gebiet, wo

---

<sup>53</sup> Zum Studium in der Sowjetunion vgl. SPÁČIL, *My z Černína*, S. 48–74; vgl. auch ZDENĚK MLYNÁŘ, *Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings*, Frankfurt am Main 1988, S. 14–37.

<sup>54</sup> DEJMEK, *Diplomacie*, S. 176.

<sup>55</sup> EGON BUSCH, *Aussenpolitik*, Prag 1964, S. 47.

<sup>56</sup> PETR ZÍDEK / KAREL SIEBER, *Československo a subsaharská Afrika v letech 1948–1989* [Die Tschechoslowakei und Subsahara-Afrika in den Jahren 1948–1989], Praha 2007, S. 7.

<sup>57</sup> Programové prohlášení vlády, 25. September 1963.

<sup>58</sup> DEJMEK, *Diplomacie*, S. 179.

die sozialistische Tschechoslowakei, ähnlich wie Jugoslawien, eine solide Reputation in den Staaten der „Dritten Welt“ genoss.

Chruščevs „globale Wende“ des Sowjetkommunismus, das Engagement für die Dekolonisierung stellte dabei einen Umbruch in der Geschichte des Kommunismus dar. Denn Stalin hatte sich wenig für die außereuropäische Welt interessiert, war doch seine geopolitische Vorstellungskraft durchaus klassisch eurasisch geprägt gewesen. Ždanov sprach erst im September 1947 über die „Verschärfung der Krise des Kolonialsystems“, über die Möglichkeit der Herausbildung eines globalen „antiimperialistischen Lagers“. <sup>59</sup> Eine Wende stellte sich erst Mitte der fünfziger Jahre ein. Der erste Durchbruch auf dem afrikanischen Kontinent gelang dem Sowjetblock mit dem Waffenlieferungsabkommen zwischen Ägypten und der Tschechoslowakei im September 1955, womit der erste strategisch wichtige Partner in Afrika gewonnen wurde. <sup>60</sup>

Dieser Trend setzte sich während der späten 1950er und 1960er Jahre u. a. im Zusammenhang mit der „verspäteten Dekolonisierung“ in Nordafrika fort, in der Wirtschaftszusammenarbeit und im Handel. Die Tschechoslowakei betätigte sich vor allem im Waffenexport, hauptsächlich in Ländern wie Algerien, Guinea, Ghana, Mali, später auch Marokko, Uganda oder Nigeria. <sup>61</sup>

Eine oft diskutierte Frage war die der Motivationen des kommunistischen Engagements in der „Dritten Welt“, vor allem in Afrika, wo angeblich die Ideologie zugunsten von pragmatischen, ja opportunistischen Beweggründen beiseitegeschoben wurde. So schloss die tschechoslowakische Regierung einen Vertrag auch mit den Staaten ab, in welchen die Kommunistischen Parteien verboten oder sogar verfolgt wurden. Eine ideologisch-pragmatische Begründung musste formuliert werden. Dies war der Fall bezüglich des Konzeptes des „national-demokratischen Staates“, das im Dezember 1960 auf der Weltkonferenz der Kommunistischen Parteien in Moskau herausgearbeitet wurde und der allgemeinen poststalinistischen Konzeption des „nationalen Weges zum Sozialismus“ auf globaler Ebene entsprach. Die minimale Definition der „nationalen Demokratie“ bestand aus dem Kampf „gegen Imperialismus und Kolonialismus“ und gegen die „Durchdringung des imperialistischen

---

<sup>59</sup> PETR ZÍDEK, *Československo a francouzská Afrika 1948–1968* [Die Tschechoslowakei und das französische Afrika 1948–1968], Praha 2006, S. 13.

<sup>60</sup> DERS. / KAREL SIEBER, *Československo a Blízký východ v letech 1948–1989* [Die Tschechoslowakei und der Nahe Osten in den Jahren 1948–1989], Praha 2009, S. 16.

<sup>61</sup> ZÍDEK, *Československo a francouzská Afrika*, S. 14.

Kapitals“ sowie aus der „Ablehnung von diktatorischen und despotischen Regierungsmethoden“.<sup>62</sup>

Im Laufe der ersten Hälfte der 1960er Jahre formulierte die sozialistische Außenpolitik außerdem auch das Konzept der „revolutionären Demokratie“, das zunächst für Ägypten seit 1961 angewandt wurde. Die „revolutionären Demokraten“ sollten ideologisch das Pendant zum „Proletariat“ im europäischen Kontext bilden und wurden in Ghana, Burma, Kongo und Algerien ausgemacht. Die Hoffnungen der Sowjets erfüllten sich jedoch mit der Ausnahme von Kuba nicht. Die prosowjetischen Regime wurden in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre schrittweise gestürzt, was Anfang der 1970er Jahre auch den wichtigsten Verbündeten in der Region, Ägypten, betraf.<sup>63</sup>

Das Engagement der sozialistischen Tschechoslowakei in der „Dritten Welt“ basierte auf der traditionellen Selbstbeschreibung der Tschechen als progressive Nation, die anderen unterjochten Völkern bei ihrer Emanzipation hilft, zugleich aber auch auf dem Selbstverständnis eines hochentwickelten Industrielandes. Die kommunistische Außen- und Handelspolitik konnte zum Teil an die Tradition aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen, als die tschechoslowakischen Produkte bereits einen guten Ruf genossen.<sup>64</sup> 1937 erreichte der Export nach Afrika 4,9 Prozent am Gesamtexportvolumen. Bereits in den 1920er Jahren begann der tschechoslowakische Staat, sein diplomatisches Netzwerk in Afrika auszubauen.<sup>65</sup> Diese Aktivitäten wurden nach dem Ende der stalinistischen Tiefphase Mitte der 1950er Jahre (u. a. wirkte sich die Verstaatlichung des Außenhandels negativ aus) wiederaufgenommen, wobei man auf die Expertise von Managern aus der Zeit vor 1948 anknüpfen konnte, die z. B. für Tomáš Baťa Filiale Czechoslovak Nigerian Export-Import Company (CNEICO) oder die Munitionsfabrik in Addis Abeba tätig gewesen waren.<sup>66</sup>

Der Historiker Petr Zidek, der der tschechoslowakischen Politik gegenüber der „Dritten Welt“ mehrere Monografien gewidmet hat, spricht von einer Wechselwirkung zwischen ideologischen Zielsetzungen

---

<sup>62</sup> Text der Erklärung: <https://marxists.org/history/international/comintern/sino-soviet-split/other/1960statement.htm> (Zugriff: 06.09.2020).

<sup>63</sup> ZIDEK, Československo a francouzská Afrika, S. 14 ff.

<sup>64</sup> „Die tschechoslowakischen Produkte waren durch ihre Qualität schon in der Vorkriegszeit bekannt.“ BUSCH, Aussenpolitik, S. 50 f.

<sup>65</sup> ZIDEK, Československo a francouzská Afrika, S. 18.

<sup>66</sup> DERS. / SIEBER, Československo a subsaharská Afrika, S. 7.



und ökonomischem Pragmatismus. Klar wird dabei, dass der Aufbau von wirtschaftlichen Beziehungen für die tschechoslowakischen Kommunisten stets eine Basis für politische Einflussnahme darstellte; wirtschaftliche Durchdringung wurde mit Versuchen begleitet, die Orientierung am Sozialismus zu stärken. Für die Bedeutung der Ideologie spricht auch die Kategorisierung der Entwicklungsländer je nach ihrem Potential, ein sozialistisches Land zu werden, wie sie in der Konzeption von 1961 formuliert wurde. Demnach unterschied die tschechoslowakische Außenpolitik zwischen den „fortschrittlichen Ländern von prioritärem Interesse“, den Ländern von „beiderseitig vorteilhafter wirtschaftlicher Zusammenarbeit“ und schließlich den Ländern „unter Einfluss des Imperialismus“, wo Oppositionsgruppen gefördert werden sollten. Man operierte mit pragmatisch-ideologischen, typisch poststalinistischen Begriffen wie „positive Neutralität“ und „nicht-kapitalistische Entwicklung“.<sup>67</sup> Davon, dass rein ideologische Gesichtspunkte jedoch nicht immer Vorrang erhielten, zeugt die Wirtschaftskooperation mit Ländern wie Marokko, Tunesien, Sudan oder Äthiopien. Die Staaten der dritten Kategorie (alle französischen Kolonien bis auf Guinea) wurden als potentielle „interessante Handelspartner“ betrachtet.

Letztendlich hat der tschechoslowakische Staat auch mit der Republik Südafrika bis 1964 kooperiert, als die Beziehungen auf Druck der Sowjets eingestellt wurden. Im Einklang mit ihrer Identität als exportorientierte Industrienation nahm die Tschechoslowakei im Rahmen der sowjetischen Politik in der „Dritten Welt“ eine Sonderstellung vor allem als Waffenexporteur ein, wobei sie auch in dieser Hinsicht nicht nur mit fortschrittlichen, „revolutionären“ Ländern handelte, sondern auch mit neutralen oder gar prowestlichen Staaten wie Uganda oder Nigeria.<sup>68</sup>

Die ersten Zweifel am Afrika-Engagement stellten sich sowohl im Zuge der tschechoslowakischen Wirtschaftskrise von 1962 ein wie auch infolge des Scheiterns von mehreren Projekten, u. a. in Guinea, Mali, Kongo oder Kenia. Trotzdem setzte die Regierung ihre Afrika-Aktivitäten auch in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre fort. Die Konzeption von 1961 blieb als leitende Richtlinie wirksam, wurde aber, typisch poststalinistisch, stets umformuliert und geändert. Der Konflikt zwischen ideologischen und wirtschaftlichen Interessen verschärfte sich und wurde nun hauptsächlich zwischen dem Ministerium für Außenhandel und dem

---

<sup>67</sup> ZÍDEK, Československo a francouzská Afrika, S. 55; DERS. / SIEBER, Československo a subsaharská Afrika, S. 12 ff.

<sup>68</sup> Ebd., S. 8.

Verteidigungsministerium ausgetragen. Seit Mitte der 1960er Jahre gewannen jedoch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte die Oberhand, sodass man zunehmend die Länder mit einer „guten Zahlungsfähigkeit“ bevorzugte.<sup>69</sup>

Obwohl die offiziellen Texte aus den 1960er Jahren die optimistische Einstellung gegenüber der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern beibehielten, wuchs in den internen Diskussionen Kritik. Zum Beispiel sprach 1965 der Außenpolitik-Experte Jaroslav Šedivý über die „Illusionen“ betreffend die neutralen Staaten, die, nach wie vor durch ihre nationale Bourgeoise dominiert, die Kredite der sozialistischen Staaten nicht akzeptierten und stattdessen Kapitalinvestitionen und Gründungen von gemischten Gesellschaften bevorzugten, was kein sozialistischer Staat leisten konnte.<sup>70</sup>

Der partielle Rückgang rein politischer Gesichtspunkte zugunsten einer Kommerzialisierung der Außenpolitik entsprach dem vorwiegend pragmatischen Zeitgeist der frühen Brežnev-Ära, in der die Sowjetführung auf die Stabilisierung der Beziehungen und das Knüpfen von Kontakten auch mit westlich orientierten afrikanischen Staaten setzte. Ein neuer flexibler Begriff aus dieser Zeit hierfür war „Länder mit sozialistischer Orientierung“.<sup>71</sup> Politische Aspekte ließ die tschechoslowakische Regierung dennoch nie außer Acht: Davon zeugen die Anstrengungen vor allem im Bereich der „Soft-Power-Diplomatie“, so die Gründung und das Betreiben der „Universität des 17. November“ in Prag für Studierende aus Entwicklungsländern, aber auch im Bereich von „Hard Power“, wie z.B. die Ausbildung von Soldaten an den tschechoslowakischen Militärschulen.<sup>72</sup> Folgt man dem von Petr Zídek ausgearbeiteten Periodisierungsvorschlag, so gelangte die tschechoslowakische Außenpolitik nach der Isola-

---

<sup>69</sup> Die Wirtschaftspolitik der ČSSR gegenüber den Entwicklungsländern ist ausführlich dargelegt in: *Mezinárodní postavení a zahraniční politika ČSSR v období mezi 11. a 12. sjezdem KSČ* [Die internationale Stellung und Außenpolitik der ČSSR zwischen dem 11. und 12. Parteitag der KPČ], Praha 1962, S. 11–18.

<sup>70</sup> JAROSLAV ŠEDIVÝ, *Mezinárodní postavení a zahraniční politika ČSSR. Záznam přednášky ze semináře k 20. výročí vzniku ČSSR „Základní problémy vývoje ČSSR“* [Die internationale Stellung und Außenpolitik der ČSSR. Aufnahme des Vortrags aus dem Seminar zum 20. Jahrestag der Gründung der ČSSR „Grundprobleme der Entwicklung der ČSSR“], Praha 1965, S. 26.

<sup>71</sup> ZÍDEK, *Československo a francouzská Afrika*, S. 16.

<sup>72</sup> DERS. / SIEBER, *Československo a subsaharská Afrika*, S. 8; MARTA EDITH HOLEČKOVÁ, *Příběh zapomenuté univerzity. Universita 17. listopadu (1961–1974) a její místo v československém vzdělávacím systému a společnosti* [Die Geschichte einer vergessenen Universität. Die Universität des 17. November (1961–1974) und ihr Platz im tschechoslowakischen Bildungssystem und in der Gesellschaft], Praha 2019.

tion und dem Desinteresse der Stalin-Ära (1948–1956) und der folgenden euphorischen Phase der Chruščev-Zeit (1956–1964) an die Grenzen des wirtschaftlichen Pragmatismus. Der Höhepunkt der Ernüchterung hinsichtlich der globalen Rolle des kleinen mitteleuropäischen Staates wurde während des Prager Frühlings erreicht. Generell lässt sich der tschechoslowakische Reformversuch in Bezug auf die Stellung der Außenpolitik als Tiefpunkt bezeichnen, und das obwohl die Tschechoslowakei im Zentrum des globalen Interesses stand.

Wichtiger als reale diplomatische Projekte war jedenfalls die symbolische Politik, wie z. B. Titos pompöser Besuch in Prag Anfang August 1968. Kurz gesagt: Während des Prager Frühlings galt der Primat der Innenpolitik. Wegweisend war die vom neuen Außenminister Jiří Hájek entwickelte „Mauer-Theorie“, laut welcher die Außenpolitik eine Sicherheitsbarriere bilden sollte, hinter der die inneren Reformen ungestört stattfinden könnten.<sup>73</sup> Dubček selbst interessierte sich für Außenpolitik im eigentlichen Sinne eher wenig, sein Interesse bestand vor allem darin, die Sowjetführung nicht zu provozieren. Somit wurde die außenpolitische Aktivität aufs Minimum reduziert.

Die Kontakte mit dem Westen (z. B. zur SPD) hatten streng inoffiziellen Charakter, Stellungnahmen an die westliche Presse wurden nur in Ausnahmefällen gegeben.<sup>74</sup> Außenminister Hájek, ein ehemaliger Sozialdemokrat, strebte keine grundsätzliche Umorientierung der Außenpolitik an, eher setzte er die bereits bestehenden Tendenzen aus den 1960er Jahren fort; darin unterschied sich der Prager Frühling vom Ungarn-Aufstand von 1956. Dies galt für die vorsichtige Annäherung an Westdeutschland (z. B. das Veranstalten der tschechoslowakischen Woche und die Eröffnung der Handelsvertretung in Frankfurt am Main), die vor allem durch Antonín Šnejdár, den Direktor des am Außenministerium angesiedelten Forschungsinstituts, vorangetrieben wurde.<sup>75</sup> Eine andere Intensivierung der vorherigen Tendenzen war die verstärkte Orientierung an

---

<sup>73</sup> JAROSLAV ŠEDIVÝ, Černínský palác v roce nula. Ze zákulisí polistopadové zahraniční politiky [Das Czernin-Palais im Jahre Null. Hinter den Kulissen der Außenpolitik nach dem November 1989], Praha 1997, S. 25.

<sup>74</sup> ALEXANDR ORT, Česká zahraniční politika [Die tschechische Außenpolitik], Plzeň 2009, S. 180. Zum steigenden Interesse an sozialistischen und kommunistischen Bewegungen in Westeuropa siehe ZBYNĚK VOKROUHLICKÝ, Západní Evropa a komunismus [Westeuropa und der Kommunismus], Praha 1962, S. 102.

<sup>75</sup> ALEXEI FILITOV, The USSR, the Federal Republic of Germany, and the Czechoslovak Crisis of 1968, in: The Prague Spring and the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968, hg. v. GÜNTER BISCHOF u. a., Lanham 2010, S. 319–340, hier S. 327.

Tito, Ceaușescu und Kádár. Es handelte sich aber insgesamt lediglich um Ansätze, die nie verwirklicht wurden.

Was in den meisten Überlieferungen auffällt, ist demnach die geringe Rolle, die der Außenpolitik zugeschrieben wurde. So war der Außenminister bei keiner wichtigen Verhandlung präsent, wie z.B. beim Treffen in Čierna nad Tisou Anfang August 1968; während der Invasion befand sich Hájek im Urlaub an der Adriaküste. In seinem autobiografischen Rückblick bestätigt er implizit, wie wenig ambitioniert die Außenpolitik des Prager Frühlings gewesen war. Die tschechoslowakische Außenpolitik (bzw. Politik generell) beschreibt er mit den Begriffen Sachlichkeit, Realismus, Verständnis, Besonnenheit, Geduld. Die Tschechen und Slowaken hatten sich laut Hájek nur um Ruhe und Harmonie bemüht, sie waren zum Opfer der Hinterhältigkeit anderer Länder geworden. Die Außenpolitik habe immer den pragmatischen Charakter des Volkes widerspiegelt, sei „sachlich und konstruktiv“ gewesen, habe nichts als Sozialismus und Frieden gewollt.<sup>76</sup>

Die Auffassung von der Tschechoslowakei als „ruhige Macht“ in der Mitte Europas gehörte zu den zentralen Komponenten der außenpolitikbezogenen Selbstbeschreibung des tschechoslowakischen Reformsozialismus der 1960er Jahre. Das idyllische, ungestörte Leben in der kleinen tschechischen und slowakischen Welt war seit dem 19. Jahrhundert das Leitmotiv der nationalen Identität, das im 20. Jahrhundert durch die Traumata der Kriege und der Besatzung weiter verstärkt wurde. In Bezug auf die Verhältnisse in Mitteleuropa ging es um „friedliches Miteinander“, in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern um Solidarität und Hilfe, nicht Ausbeutung.<sup>77</sup> Änderte sich in den außenpolitischen Schlüsseltexten des Prager Frühlings semantisch eher wenig, so verschob sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Aufmerksamkeit von der „Dritten Welt“ hin zu europäischen Fragen.

Das Aktionsprogramm der KPČ vom April 1968 beispielsweise widmet der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern nur zwei phrasenhafte Sätze über den notwendigen Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus;<sup>78</sup> das ist ein deutlicher Unterschied zu der ersten Hälfte der

---

<sup>76</sup> JIŘÍ HÁJEK, *Begegnungen und Zusammenstöße. Erinnerungen des ehemaligen tschechoslowakischen Außenministers*, Freiburg 1987, S. 182 ff.

<sup>77</sup> BUSCH, *Aussenpolitik*, S. 43 f.

<sup>78</sup> Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Angenommen auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPČ am 5. April 1968, Prag 1968, S. 93.

1960er Jahre.<sup>79</sup> Eine gewisse Rückkehr nach (Mittel)Europa und vor allem die Schlüsselbedeutung von Deutschland bestätigte auch die Programm-erklärung der Regierung Černík vom April 1968, die u. a. konstatierte, dass „das grundsätzliche Problem für die tschechoslowakische Politik“ die deutsche Frage sei und bleibe und dass „wir mit größtem Interesse die Entwicklung in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland verfolgen“.<sup>80</sup> Genau in diesem Sinne plädierte auch der Außenpolitik-Experte Jaroslav Šedivý für eine Entglobalisierung und Re-Europäisierung in seinem Beitrag in „Literární Listy“ vom April 1968.<sup>81</sup> Er sprach sich gegen weltpolitische Ambitionen der Tschechoslowakei aus und schilderte das Afrika-Engagement eher als eine Blamage, wobei er die Waffenlieferung an Nigeria als Abschreckungsbeispiel benutzte. An die Etablierung eines humanen Sozialismus in den Entwicklungsländern zu glauben sei naiv. Der außenpolitische Schwerpunkt sollte wieder auf Europa gelegt werden. Die ČSSR sollte sich vor allem um eigene Angelegenheiten kümmern, die Außenpolitik „im Einklang mit den nationalen Interessen“ verwirklicht werden, mehr national als international, mehr pragmatisch als ideologisch sein.

„Die neue Konzeption unserer Außenpolitik sollte in Betracht ziehen, dass das Hauptbetätigungsgebiet für uns Europa ist und auf der Ebene der internationalen Organisationen nur einige ausgewählte Fragen.“<sup>82</sup>

Die Perspektive der „nationalen Interessen“, ein gradliniger bis zynischer Pragmatismus, der an die Stelle des universalistischen Anspruchs des sozialistischen Humanismus trat, begann sich also bereits während des Prager Frühlings durchzusetzen und war keineswegs ein Produkt der „Normalisierung“. Eine globale Erweiterung des außenpolitischen Horizonts brachten aber die späten sechziger Jahre trotzdem, und zwar im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Beziehungen zu Israel (Sechstagekrieg) und der folgenden „Antizionismus-Kampagne“, die vor

---

<sup>79</sup> Siehe z. B. die Broschüre *Mezinárodní postavení a zahraniční politika ČSSR* [Die internationale Stellung und Außenpolitik der ČSSR], Praha 1962, die der Dritten Welt wesentlich mehr Raum als den kapitalistischen Ländern widmet (mit Ausnahme von Westdeutschland).

<sup>80</sup> Programové prohlášení vlády, 24. April 1968, <https://vlada.cz/assets/clenove-vlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1960-1990-cssr/oldrich-cernik-1/ppv-1968-cernik1.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

<sup>81</sup> JAROSLAV ŠEDIVÝ, ... a zahraniční politika?, in: *Literární listy* 1 (1968), H. 8, S. 10 f.

<sup>82</sup> Ebd. S. 11.

allem in der Sowjetunion und anschließend in Polen, mit dem Höhepunkt der „Märzereignisse“ von 1968, wütete.

Für die tschechoslowakische Außenpolitik wirkte das Verhältnis zu Israel – neben der erneuerten Europäisierung und der zentralen Stellung Westdeutschlands – als ein dritter identitätsbezogener Faktor. Die Beziehungen zwischen der kommunistischen Tschechoslowakei und dem jüdischen Staat waren dabei reich an Wenden. Ursprünglich unterstützte die Tschechoslowakei Israel im Unabhängigkeitskrieg (1948/49) durch Waffenlieferungen und die Ausbildung von Soldaten.

Ende der 1940er Jahre kam es jedoch zu einer Kursänderung, als Stalin eine antisemitische Kampagne anzettelte. Sie fand in der Tschechoslowakei Anfang der 1950er Jahre im Schauprozess gegen das „Verschwörerzentrum“ um Rudolf Slánský ihren Ausdruck. Im Außenministerium fielen den mit dieser Kampagne verbundenen Repressalien mehrere Mitarbeiter jüdischer Herkunft zum Opfer, darunter auch der damalige Botschafter in Israel Eduard Goldstücker, der zwischen 1951 und 1955 verhaftet worden war. Die Außenpolitik der stalinistischen Ära 1950–1955 zeichnete sich demnach durch eine streng anti-israelische Haltung und antisemitische Untertöne aus. Das Jahr 1956 bedeutete hinsichtlich der Nahostpolitik insoweit eine Wende, als der Sowjetblock in Nasirs Ägypten einen neuen Verbündeten in der Region gewann und ihn mit Waffenlieferungen unterstützte, wie später auch Syrien, Algerien und den Irak. Während des Sechstagekrieges lieferte die Tschechoslowakei erneut Waffen an die arabischen Staaten.<sup>83</sup>

Der Nahost-Konflikt sowie die daran anknüpfenden „antizionistischen“ Kampagnen in der Sowjetunion und in Polen machten den Antisemitismus zu einem wichtigen Thema auch im Prager Frühling. Martin Schulze Wessel deutet den Reformprozess u. a. auch als einen Versuch der tschechoslowakischen Gesellschaft, sich mit den eigenen antisemitischen „Gespenstern“ auseinanderzusetzen, sei es mit dem Slánský-Prozess, sei es aber auch mit der autoritären Zweiten Republik und dem Protektorat.<sup>84</sup> Manche Reformer verstanden den Antisemitismus als Indikator für antidemokratische, autoritäre Tendenzen in der Gesellschaft. Während des Prager Frühlings wurde antisemitische Propaganda von der sogenannten „Jodas-Gruppe“, wahrscheinlich mit der Unterstützung der Staatssicherheit, in Form von anonymen Drohungen, die vor allem gegen Eduard

<sup>83</sup> ZÍDEK / SIEBER, Československo a Blízký východ, S. 16 ff.

<sup>84</sup> MARTIN SCHULZE WESSEL, Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt, Ditzingen 2018, S. 245–253.

Goldstücker gerichtet waren, betrieben.<sup>85</sup> Gustáv Husák versuchte es mit Antisemitismus in der Slowakei. Dennoch akzeptierte die Mehrheitsgesellschaft antisemitische Attacken nicht, was, wie Schulze Wessel argumentiert, auch mit der seit den frühen 1960er Jahren stattfindenden Aufarbeitung der Geschichte des Judenmordes im Zweiten Weltkrieg zusammenhängen mag. Zugleich fiel der Antisemitismus bei einem Teil der Gesellschaft doch auf fruchtbaren Boden, wovon die Selbstverständlichkeit zeugt, mit welcher er den Weg in das Arsenal der kommunistischen Propaganda während der „Normalisierung“ nach 1968 fand.<sup>86</sup>

### Die spätsozialistisch-konsolidierende Phase

Die Niederschlagung des Prager Frühlings und die seit April 1969 einsetzende „Normalisierung“ unter Husák werden meistens als ein Umbruch interpretiert; dennoch sollten Kontinuitäten nicht aus dem Blick fallen. In der Außenpolitik setzte sich die seit Mitte der 1960er Jahre begonnene Ernüchterung und der Pragmatismus in Bezug auf die Rolle der Tschechoslowakei als *global player* fort, ein Rückzug aus der „Dritten Welt“ und ein verstärktes Interesse für europäische Themen, vor allem für die Beziehungen zu Westdeutschland und Österreich. In diesem Sinne wurde die Konzeption der Außenpolitik, wie sie von den Reformkommunisten wie Jaroslav Šedivý formuliert wurde, auch während der Normalisierung weiter realisiert. Nationalistische Untertöne („nationale Interessen“) kündigten eine Kursänderung an, die die Normalisierer mit den Reformkommunisten im Großen und Ganzen teilten.

Die unmittelbaren Folgen der Invasion von 1968 brachten zwangsläufig eine Atmosphäre der Spaltung mit sich. Das Außenministerium unter der Leitung von Jiří Hájek reagierte mit Protesten auf die Okkupation. Hájek versuchte die tschechoslowakische Krise persönlich auf dem Boden der UNO in New York zu internationalisieren, wobei seine Rede aber eher gemäßigt klang. In praktischer Hinsicht hatte seine Initiative nur geringe Chancen, doch trug sie zumindest zur Widerlegung der offi-

---

<sup>85</sup> Vgl. ALEXANDER FRIEDMAN, ‚Prager Frühling‘ (1968) als ‚zionistische Verschwörung‘. Der Fall Eduard Goldstücker (1913–2000), in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung 12 (2018), 23, S. 1–14, online [http://medaon.de/pdf/medaon\\_23\\_friedman.pdf](http://medaon.de/pdf/medaon_23_friedman.pdf) (Zugriff: 06.07.2021).

<sup>86</sup> Vgl. MARTIN ŠMOK, Labyrintem normalizace – židovská obec jako zrcadlo většinové společnosti [Durch das Labyrinth der Normalisierung – die Jüdische Gemeinde als Spiegel der Mehrheitsgesellschaft], Praha 2017.

ziellen sowjetischen These über die von der tschechoslowakischen Regierung angeforderte „internationale Hilfe“ entschieden bei, und damit auch zum Kollaps der politischen Konzeption der Invasion.<sup>87</sup> Die Besatzung wurde auch innenpolitisch vom außerordentlichen 14. Parteitag der KPC am 22. August 1968 aufs Schärfste verurteilt. Doch bereits im Laufe des Herbstes 1968 wurden erste politisch-semantiche Tendenzen sowie praktisch-institutionelle Verschiebungen in Richtung auf „Konsolidierung“ und „Normalisierung“ deutlich, hauptsächlich infolge der Annahme der sogenannten Moskauer Protokolle, die am 26. August von der tschechoslowakischen Führung unterschrieben wurden. Der Weg zur „Konsolidierung“ drückte sich im graduellen Rücktritt der radikalsten Reformer sowie in der schrittweisen Wiederherstellung der Ordnung aus der Zeit vor Januar 1968 aus.

Hájeks entschiedenes Auftreten gegen die Besatzung hatte zu Folge, dass er bereits am 17. September 1968 seines Postens enthoben (die Sowjets lehnten es ab, mit ihm zu verhandeln<sup>88</sup>) und – auch aufgrund der Föderalisierung – durch den (außenpolitisch unerfahrenen) Slowaken Ján Marko ersetzt wurde. Der Historiker Alexandr Ort argumentiert, dass das Jahr 1969 entscheidend für die erneute Unterordnung der tschechoslowakischen Außenpolitik unter die sowjetische wurde. Im April 1969 wurde Dubček durch den pragmatischen Husák ersetzt. Die Außenpolitik geriet unter direkte Kontrolle des sowjetischen stellvertretenden Außenministers; in Prag wirkten sowjetische „Berater“. Die entscheidende Phase der „Normalisierung“ fand jedoch erst seit Anfang 1970 statt, als infolge der Parteisäuberungen (Überprüfungen – *prověrky*) hunderttausende Reformkommunisten aus der Partei ausgeschlossen wurden. Im Außenministerium alleine wurden ca. 700 Mitarbeiter entlassen.<sup>89</sup> Die Parteisäuberungen bedeuteten einen schweren Schlag für die fachliche Kompetenz der Behörde, da viele Spezialisten gehen mussten. Nur teilweise kam es aber zur Restaurierung der alten Kader aus der Novotný-Ära.<sup>90</sup>

Wichtig auch für die Außenpolitik war das schrittweise Auseinanderklaffen von tschechischen und slowakischen Positionen. Dies trat bereits unmittelbar nach der Invasion zu Tage, als die Kommunistische Partei der Slowakei sich von den Beschlüssen des Außerordentlichen KPČ-Parteitags, zu dem nur ein Bruchteil der slowakischen Delegierten anreisen

---

<sup>87</sup> DEJMEK, Diplomacie, S. 193.

<sup>88</sup> ORT, Česká zahraniční politika, S. 182 f.

<sup>89</sup> ŠEDIVÝ, Předmluva, S. 12.

<sup>90</sup> DEJMEK, Diplomacie, S. 198 ff.



konnte, distanzierte und sich hinter die Moskauer Protokolle, also den Kompromiss mit der Sowjetführung, stellte. Der eigentliche Aufstieg von Husák ergab sich dabei eher aus dem Vertrauen, das er aufgrund seines „Pragmatismus“ bei Brežnev gewann, als aufgrund seiner nationalen Zugehörigkeit. Für die Slowaken war die Frage der Föderalisierung bedeutsam, weil diese den Ausweg aus dem „Tschechoslowakismus“, d. h. den Überresten der tschechischen Hegemonie wies, die für die Novotný-Ära typisch gewesen war. Inwieweit und wie genau sich die Föderalisierung auf die Außenpolitik auswirkte, und zwar nicht nur im Sinne der Zunahme des „slowakischen Einflusses“, ist in der Forschung noch eine offene Frage, der künftige Studien gewidmet werden sollten.<sup>91</sup>

Die erste Regierungserklärung nach der Invasion (Januar 1969) – noch vor der Ersetzung Dubčeks durch Husák und unter dem alten Ministerpräsidenten Černík – betonte ganz im Geist der späten sechziger Jahre die europäischen Fragen, nationale Interessen sowie auch die nationale Souveränität:

„Wir wollen unserem Volk versichern, dass die Prinzipien von Souveränität, Nichteinmischung, gegenseitig günstiger Zusammenarbeit, das Einhalten von gleichberechtigten Beziehungen und territorialer Unantastbarkeit zu den tragenden Grundsätzen gehören, von denen unser Bemühen ausgehen wird.“<sup>92</sup>

In der Regierungserklärung vom Oktober 1969 – immer noch mit Černík als Ministerpräsident, aber bereits mit Husák als Parteisekretär – hob man interessanterweise weiterhin die „großen Ideen des Januars 1968“, also das Reformprogramm hervor, und auch im Bereich der Außenpolitik betonte sie die Kontinuität der sechziger Jahre. Dies änderte sich zum Teil erst im Programm des Kabinetts von Lubomír Štrougal vom Dezember 1971, die als die erste voll „normalisierte“ Regierung bezeichnet werden kann;<sup>93</sup> den ideologischen Referenzpunkt bildete nicht mehr der „Januar 1968“, sondern die „Lehren aus der krisenhaften Entwicklung“ (*Poučení z krizového vývoje*), dem im Dezember 1970 veröffentlichten Gründungsdokument der eigentlichen „Normalisierung“. Dieses verurteilte unter Verwendung einer feindseligen Rhetorik die „rechte Konzeption der Außenpolitik“

---

<sup>91</sup> Vgl. *Čechoslovakismus*, hg. v. ADAM HUDEK u. a., Praha 2019.

<sup>92</sup> Programové prohlášení vlády, 30. Januar 1969, <https://vlada.cz/assets/clenovevlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1960-1990-cssr/oldrich-cernik-2/ppv-1969-cernik2.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

<sup>93</sup> Programové prohlášení vlády, 17. Dezember 1968, <https://vlada.cz/assets/clenovevlady/historie-minulych-vlad/prehled-vlad-cr/1960-1990-cssr/lubomir-strougal-2/ppv-1971-1976-strougal2.pdf> (Zugriff: 06.09.2020).

sowie die Tätigkeit der „westlichen imperialistischen Kreise“; in der eigentlichen Sprache der staatlichen Außenpolitik kam die Feindrhetorik aber nur in einem überraschend geringen Ausmaß zum Tragen. So verwendete die Regierungserklärung vom Dezember 1971 keineswegs die bewährten Kampfbegriffe wie Imperialismus, Kolonialismus, Reaktion usw., offensichtlich unter dem Eindruck der fortlaufenden Entspannungspolitik. Der Ton sollte sich während der 1970er Jahre wieder wandeln, doch an den Hauptgrundsätzen, die bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre formuliert worden waren, änderte sich wenig.

Diese Kontinuität bezog sich erstens auf die Zentralstellung der europäischen Problematik: „Unsere unmittelbare Aufmerksamkeit gilt Europa“, liest man in der Regierungserklärung von 1971, und dieser Schwerpunkt ist charakteristisch für die gesamte Zeit der 1970er und 1980er Jahre. Zweitens setzte sich die Sprache der „nationalen Interessen“ und „nationalen Selbstständigkeit“ fort, wobei der Akzent auf dem Begriff der Souveränität, der so deutlich in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren war, etwas in den Hintergrund trat. Und drittens setzte sich in den 1970er und frühen 1980er Jahren die „Ernüchterung“ hinsichtlich des Engagements der Tschechoslowakei in der „Dritten Welt“ fort. Die Euphorie über die globale Rolle der Tschechoslowakei war zwar vorbei, die Betonung globaler Zusammenhänge blieb aber immer noch verhältnismäßig stark, vor allem seit Mitte 1970er Jahre; die beiden Regierungserklärungen von 1976 und 1981 sowie die entsprechenden Parteitage beschlüsse widmeten vor allem der Lage in Afrika und im Nahen Osten umfangreiche Passagen. Die Frage, inwieweit die rhetorische Aktivität auch in der praktischen Politik, vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Handelskooperation, zum Ausdruck kam, ist aufgrund mangelnder Quellen schwer zu beantworten.

So ist es nicht sicher, ob eine Afrika-Konzeption, vergleichbar mit derjenigen Anfang der 1960er Jahre, überhaupt vorlag. Der am Ende der 1960er Jahre im Zuge der Brežnev'schen „Stabilisierung der Beziehungen“ gewählte pragmatische Ansatz wurde gestärkt, das tschechoslowakische Engagement begrenzte sich allerdings auf das Eintreiben von Forderungen und blieb ohne eigene Initiative stark von Moskau abhängig. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre erneuerte sich zwar die tschechoslowakische Aktivität in Afrika, vor allem in Äthiopien, Angola und Zimbabwe, insgesamt aber blieb die ČSSR nicht nur hinter der Sowjetunion, sondern auch der DDR und Bulgarien deutlich zurück.

Im Laufe der 1980er Jahre verblasste, so Petr Zídek, jegliche tschechoslowakische Initiative in Afrika, nicht zuletzt infolge steigender Wirt-

schaftsprobleme.<sup>94</sup> Ebenfalls fortgesetzt wurde der seit den 1960er Jahren gängige Gebrauch der Figur der „ruhigen Macht“, die nach Frieden strebe. Der Akzent auf Frieden, Harmonie, Gewaltlosigkeit und Zusammenleben in internationalen Beziehungen, typisch für die Brežnev-Ära, ging mit der vorherrschenden Semantik der „Ruhe für die Arbeit“ (*klid na práci*), des „glücklichen und zufriedenen Lebens unseres Volkes“ (*šťastný a spokojený život našeho lidu*), des Wohlstands, der Ordnung, Kultiviertheit, individuellen Selbstverwirklichung sowie der zunehmenden Akzentuierung technokratischer Ansätze in den inneren Gesellschaftsverhältnissen einher.<sup>95</sup> Konsolidierungsbegriffe überwogen: der „Revolutionsprozess“, falls überhaupt erwähnt, wurde ausschließlich in die „Dritte Welt“ verlagert; der Drang nach Stabilität wurde durch den steigenden Gebrauch des neuen Schlagworts *soustava* (System) bestärkt, der sowohl in inneren (*soustava hospodářského řízení* usw.) als auch in äußeren Beziehungen das Begriffsfeld dominierte; so verdrängte das „sozialistische Weltsystem“ (*světová socialistická soustava*) das noch spätstalinistisch-chruščevistisch klingende „Lager des Sozialismus“ (*tábor socialismu*). War das höchste Ziel der inneren Politik die „Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung“ (*uspokojování potřeb obyvatelstva*), galt in der Außenpolitik vor allem das „Erreichen des Friedens“ als der zu verfolgende Grundsatz, unterstrichen mit den charakteristischen Begriffen wie „Heilung“ (*ozdravení*), „Entspannung“ (*uvolňování*) oder „Milderung“ (*zmírňování*), meistens dazu noch in imperfektiver Form, die die Dauerhaftigkeit und Unabgeschlossenheit dieser Prozesse unterstrich.

Kaum ein anderer konnte diese „geduldige“, harmoniebewusste Friedenspolitik besser verkörpern als der langjährige Außenminister der Normalisierungsära Bohuslav Chňoupek (im Amt 1970–1987).<sup>96</sup> Trotz aller ideologischen Brüche, die nach 1968 folgten, setzte er stark auf die Kontinuität mit der poststalinistischen Ära. Auf der personellen Ebene konsolidierte er die durch Parteisäuberungen dezimierte Behörde, in dem

<sup>94</sup> ZÍDEK, Československo a subsaharská Afrika, S. 9 ff.

<sup>95</sup> Vgl. PAVEL KOLÁŘ / MICHAL PULLMANN, Co byla normalizace? Studie o pozdním socialismu [Was war die Normalisierung? Studien über den Spätsozialismus], Praha 2016; zum Technokratismus siehe: Architekti dlouhé změny. Expertní kořeny postsocialismu v Československu [Die Architekten des langen Wandels. Die Experten-Wurzeln des Postsozialismus in der Tschechoslowakei], hg. v. MICHAL KOPEČEK, Praha 2019.

<sup>96</sup> IVAN BROŽ, Mistr ministr. O rozporuplné osobnosti ve službách žurnalistiky, literatury a diplomacie [Der Meister Minister. Über eine widerspruchsvolle Persönlichkeit im Dienste von Journalismus, Literatur und Diplomatie], Praha 2008; BOHUSLAV CHŇOPEK, Memoáre in claris, Bratislava 1998.

er junge Expertenkader förderte. Die meisten Mitarbeiter – auch seine späteren Kritiker – anerkannten Chňoupek als einen tüchtigen Manager mit einem ausgeprägten Sinn für Kommunikation. Auch dank seiner Sprachkenntnisse konnte sich der ehemalige kommunistische Journalist und Schriftsteller auf der internationalen Bühne Respekt verschaffen – im ethnisch bunten Petržalka/Pozsonyligetfalu/Engerau, einem Vorort von Bratislava aufgewachsen, beherrschte er neben Slowakisch und Tschechisch auch Ungarisch und Deutsch, das er mit Wiener Akzent sprach, was u. a. Bruno Kreisky schätzte. Im Unterschied zu seinen Vorgängern setzte er stark auf diplomatische Reisen nach Westeuropa und in die Entwicklungsländer sowie auf persönliche Kontakte mit ausländischen Kollegen, sowohl im Osten (Gromyko) als auch im Westen (Kreisky, Genscher). Dies waren wichtige Voraussetzungen sowohl für den erfolgreichen Abschluss des Vertrags mit der Bundesrepublik (1973) als auch für die aktive Rolle der ČSSR im Helsinki-Prozess.

Das tschechoslowakische Engagement in der Entspannungspolitik der 1970er Jahre als bloßen Deckmantel zu bezeichnen, der dazu dienen sollte, den innenpolitischen Status quo international zu sichern, würde allerdings zu kurz greifen: Zu komplex, vielschichtig und tief verankert war die europäische Orientierung eines wichtigen Teiles des Staatsapparates. Davon, dass der Friedensprozess von Teilen der herrschenden politischen Klasse ernst genommen wurde, zeugt letztendlich auch der Konflikt- und Aushandlungscharakter der kommunistischen Europa-Politik. So war Chňoupeks Politik der Annäherung an den Westen den Konservativen im KP-Politbüro ein Dorn im Auge, vor allem dem für Außenpolitik zuständigen Vasil Biľák, der sich oft mit Chňoupek anlegte und ihm u. a. die Nachahmung „westlicher Manieren“ und eine „bürgerliche Lebensweise“ vorwarf. Die Widersprüchlichkeit der tschechoslowakischen Außenpolitik drückte sich daher in der Gleichzeitigkeit der Annäherung an den Westen und der Orientierung an den konservativsten kommunistischen Regimen wie der DDR, Rumänien und China aus.

Der Konflikt zwischen dem liberaleren und dem konservativen Flügel der kommunistischen Elite um den Charakter der Außenpolitik verschärfte sich nach dem Machtantritt Gorbačëvs und seiner Politik der Glasnost und Perestrojka. Den Konservativen um Biľák gelang es zwar, Chňoupeks Entlassung 1988 zu erzwingen – zu offen hat der Außenminister zur Schau gestellt, dass er der tschechoslowakische Gorbačëv werden wollte. Zugleich bestätigte die Wahl seines Nachfolgers, des Karrierediplomaten und ehemaligen langjährigen Botschafters in den USA und Kanada Jaromír Johanès, den in den späten 1960er Jahren einge-

schlagenen Weg der Professionalisierung und des vorsichtig proeuropäischen Pragmatismus. Die Erinnerung an den Prager Frühling wurde dabei zu einem neuen kollektiven Trauma, das auch in der Gestaltung der Außenpolitik eine bedeutende Rolle spielte und seit Gorbačevs *Pereštrojka* als „Gespenst“ für die Prager „Normalisierer“ wirkte.

Von Interesse ist, dass das Prager Außenministerium, trotz – oder eben wegen – seiner Loyalität zur Moskauer Führung (hier muss das enge Verhältnis zwischen Gromyko und Chňoupek hervorgehoben werden), von den Konservativen zunehmend als Zentrum unerwünschter Liberalisierungstendenzen wahrgenommen wurde. Es ist sicherlich kein Zufall, dass gerade das Außenministerium zu den Behörden mit der höchsten Personalkontinuität über 1989 hinaus gehörte. Der Aufstieg der undogmatischen, „flexiblen“ Experten, die eine solide diplomatische (MGIMO) oder auf Außenhandel und Ingenieurwesen orientierte Ausbildung besaßen, machte dann den relativ glatten „Regimewechsel“ um 1989 möglich.

Damit sollte die Bedeutung des Umbruches von 1989 nicht kleingeredet werden. Man muss aber in Betracht ziehen, dass die gestaltenden Kräfte der Änderungen der 1980er und 1990er Jahre ein Ergebnis langfristiger Prozesse waren, die ihre Ursprünge oft in den 1960er Jahren hatten. Das war der Fall in Bezug auf die wachsende Rolle der Experten und die Entideologisierung, die sich im Bereich der Außenpolitik zu einem gewissen Grad auch nach 1968 fortsetzte. Auch während der tiefsten „Normalisierung“ blühte die entideologisierte Sprache des „menschlichen Glücks“, „friedlichen Lebens“ und der „Befriedigung der Bedürfnisse“. Bezeichnenderweise sah eine Außenpolitik-Broschüre von 1983 den Zweck der sozialistischen Außenpolitik im „Kampf für die Bewahrung des Friedens und für die Sicherung des vornehmsten Rechtes jedes Menschen – des Rechtes auf Leben“.<sup>97</sup> Diese biopolitische Wende und der Aufstieg des Humanitarismus anstelle des Kampfes zwischen territorial und ideologisch klar abgegrenzten Blöcken waren Signaturen einer neuen Epoche, die in den späten 1980er Jahren einsetzte. Ebenfalls hatten die rhetorischen Figuren von „nationalen Interessen“ und „Rückkehr nach Europa“, die nach 1989 Verbreitung fanden, ihre Wurzeln in den späten 1960er Jahren: Sie spiegelten die schrittweise Abwendung von den globalen Ambitionen der tschechoslowakischen Außenpolitik aus der Zeit der Chruščevschen Weltrevolution-Euphorie wider.

---

<sup>97</sup> MICHAL ŠTEFANÁK, *Zahraniční politika ČSSR* [Die Außenpolitik der ČSSR], Praha 1983, S. 5.

Dieser Drang zur De-Globalisierung und Re-Provinzialisierung vereinigte paradoxerweise die Position von Gustáv Husák mit jener von Václav Havel, der im berühmten Streit mit Milan Kundera um das „tschechische Schicksal“ von 1969 die weltgeschichtliche Sendung des tschechoslowakischen Reformsozialismus ablehnte und selbst mit dem mehrdeutigen Begriff der „Normalisierung“ hantierte. Das nach 1989 erfolgte Ankommen in Mitteleuropa – diesmal unter der Ägide der „Visegrád-Gruppe“ – bedeutete gewissermaßen eine Rückkehr in das 19. Jahrhundert, zurück zu der Geborgenheit und den Ängsten der kleinen tschechischen und slowakischen Welt.<sup>98</sup>

---

<sup>98</sup> MICHAL KOPEČEK, Český Visegrád [Das tschechische Visegrád], in: Visegrád. Možnosti a meze středoevropské spolupráce [Visegrád. Chancen und Grenzen der mitteleuropäischen Zusammenarbeit], hg. v. Jiří VYKOUKAL, Praha 2003, S. 125–156.